Abonnementspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Die Arbeiter-Welt" einschl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. den Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6962) pro Vierteljahr M. 2.75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
an Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt 1, Nr. 1769.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein, um sie noch am selben Tage aufzunehmen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt 1, Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 37. Dresden, Freitag den 14. Februar 1902. 13. Jahrg.

Unsere afrikanischen Kolonien.

Bald wird der Reichstag wieder seine große Kolonialdebatte haben, wieder wird die Notwendigkeit unserer Kolonien vom Bundesratstische und von den Vertretern der Kolonialinteressen vertreten werden, wiederum wird der Patriotismus derjenigen angezweifelt werden, die den Verzicht auf unsere Kolonien seit 16 Jahren immer wieder gewünscht haben. Wieder wird die Reichsregierung auf ihre schön gefärbten Denkschriften hinweisen und sich darüber freuen, daß die Gegner der Kolonialpolitik naturgemäß nicht in der Lage sind, jede Einzelheit dieser Berichte zu prüfen, und die Tendenzmacherei darin bis auf das letzte Tüpfelchen auf dem i nachzuweisen. Aber die Lage des Kolonialamtes bei diesen Verhandlungen wird diesmal ungünstiger sein als früher. Gerade zur rechten Zeit ist die Schrift eines ehemaligen Kolonialbeamten und genauen Kenners kolonialer Verhältnisse nicht nur der deutschen, sondern auch der englischen und holländischen erschienen, ein kleines, aber inhaltsreiches Schriftchen von Dr. Friedrich Martin, königlich bayerischem Wirklichen Rat, ehemaligem kommissarischen Bezirkshauptmann von Kamerun (München 1902, August Schupp). Martin, ein marinebegeisterter Monarchist, ist ein begeisterter Kolonialfreund, der unzweifelhaft lieber eine Schrift zum Ruhme der Kolonien als zu ihrer Kritik geschrieben hätte. Desto schwieriger wird es sein, vom Bundesratstische aus die Wirkung dieser Angriffe abzuschwächen, noch dazu, weil die Angriffe zum großen Teil auf amtlichem Material beruhen. Mit vollstem Ernste, der aber hie und da fast heiter stimmen muß, werden die Versprechungen in den Denkschriften verglichen mit dem, was sich nachher thatsächlich ergeben hat, und was in späteren Denkschriften eingestanden werden mußte. Um so bedeutungsvoller erscheint die Form der Kritik, weil sie sich immer maßvoller Worte bedient, und weil sie den vielen Anlässen zur Kritik der zur Zeit bekannten und richtig bewerteten Kolonialerscheinungen aus dem Wege geht. Wie hunderte Millionen, für die Kolonien verschwendet wurden, enthüllt Martin; die Abnahme der Ausfuhr legt er dar und zeigt, daß so manche unserer Kolonien schon ihren Höhepunkt überschritten haben, daß die Aussichten bei keiner erfreulich sind.

Die deutsche Kolonialpolitik ist eine Kolonialpolitik, die mit Methoden der ostelbischen Verwaltung arbeitet, die vollständig auf die Erfahrungen verzichtet, die die erfolgreichen Kolonialmächte Frankreich, England, Holland, im Laufe von Jahrhunderten gesammelt hatten. Assessorismus und Militarismus sind maßgebend in unserer Kolonialverwaltung. Offiziere und Beamte, die niemals im Auslande gewesen sind, werden in die Kolonien geschickt, die Juristen des Kolonialamtes urteilen und dekretieren vom grünen Tische, Kolonialkenner bleiben unberücksichtigt. Juristen die das römische Recht kennen, die im alten Rom besser Bescheid wissen, als im modernen Afrika, Offiziere, die die Wahl haben, den Dienst zu verlassen, oder nach Afrika zu gehen, die alle Veranlassung haben, ihre Verhältnisse zu rangieren, das sind die „Kulturträger" deutscher Nation in Afrika. Längst ist die Hoffnung aufgegeben, den Strom deutscher Auswanderer in unsere Kolonien statt nach Amerika leiten zu können. Die Weißen, die sich in unseren afrikanischen Kolonien aufhalten, sind Beamte, Soldaten, Missionare, und nur zum ganz geringen Teile Leute, die aus wirtschaftlichen Gründen dorthin gegangen sind. Ein Ueberfluß von Bureaukratie, von Militarismus auf der einen Seite, auf der anderen Seite ein Mangel an wirtschaftlicher Intelligenz, an ökonomischer Bethätigung! Zwischen Bureaukraten und Militärs kommt es zu häufigen Reibungen, das Prinzip der Subordination beherrscht das amtliche Leben in den Kolonien. Jede Anbequemung an die schwierigen neuen Verhältnisse vermißt man. Ueber das Verhältnis zwischen den Kaufleuten und Pflanzern und den anderen Personen sei nur das Beispiel aus Ostafrika angeführt, wo von 398 Europäern 79 Gouvernementsbeamte und Schutztruppenangehörige, 155 Missionare, 25 Kaufleute und 12 Pflanzer gezählt wurden. Sehen wir von den Missionaren ganz ab, so kommen mehr als 6 Beamte und Schutztruppenangehörige (von den diesen wieder unterstehenden schwarzen Beamten und Soldaten ganz abgesehen) auf einen Pflanzer und zwei Kaufleute! Man geht wohl nicht fehl, sagt Martin mit Recht, daß ein ähnliches Mißverhältnis in keiner Kolonie der ganzen Welt mehr zu finden sein wird.

Bei der ungeheuren Bedeutung, die dem Militarismus in unseren Regierungskreisen zuerkannt wird, ist die militärische Uebersetzung unserer Kolonien nicht weiter verwunderlich. Ebenso wenig wie der Umstand, daß man die Gouverneursposten mit Vorliebe mit Militärs besetzt, daß alles andere hinter den militärischen Interessen zurücktritt. Jede Gelegenheit zu militärischen Promenaden wird ergriffen, große Feldzüge unternommen, ungeheure Kosten nicht gescheut. — und das Ergebnis ist eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Dr. Martin stellt verschiedentlich fest, daß das Verhältnis zwischen Weißen und Schwarzen befriedigend, die Handelsbeziehungen günstig waren, solange das Militär in unseren Kolonien keine Rolle gespielt hat. Die militärischen Streifzüge machen die Schwarzen widerspenstig, lassen sie den Verkehr mit den Weißen meiden, führen dazu, daß unsere Handelsbeziehungen mit ihnen abgebrochen werden, daß wirtschaftlicher Schaden das Ergebnis der militärischen Triumphe „gegen die Häuflein der Schwarzen ist".

Nirgends finden wir in unseren Kolonien das Bild einer wirklich gut rentierenden gesunden Tropenwirtschaft, nirgends aussichtsreiche Ausfuhrverhältnisse, nirgends eine begründete Hoffnung, daß sich unsere Volkswirtschaft mit Kolonialprodukten aus den eigenen Kolonien versorgen werde, überall die Aussicht, daß wir auch in Zukunft starke Zuschüsse aus den deutschen Steuergroschen für die wertlosen Kolonien werden verwenden müssen, überall das Vordringen der Missionen, deren Erfolge selbst den begeistertsten Anhänger der Christianisierung mit Unbehagen erfüllen muß. Selbst von einem dem unseren ganz entgegengesetzten Standpunkte aus muß als ein Mißgriff unserer Verwaltung angesehen werden, Missionaren aller Bekenntnisse den Eintritt in alle Kolonien zugleich zu gestatten, statt den einzelnen Religionen streng abgeschiedene Wirkungskreise zuzuteilen. So ist von Beginn an auch der Glaubensstreit in dieselben getragen worden. Auf die Neger dürfte es kaum aufmunternd wirken, sich bekehren zu lassen, wenn ihnen gleich von drei bis vier Seiten verschiedene Religionen, und zwar jede als die „allein richtige," angepriesen werden. Es war Deutschland vorbehalten, Kolonien zu gründen und zu bewirtschaften, um in erster Linie das Missionswerk zu fördern, und den Eingeborenen die zumeist gar nicht gewünschte europäische Kultur und deren zum mindesten für die Neger sehr zweifelhaften Segnungen zu übermitteln.

Kamerun und Togo erscheinen dem Verfasser als unsere besten afrikanischen Kolonien, und doch sagt er, daß Togo niemals als Plantagenkolonie eine Bedeutung gewinnen könne. Die Kaffeeausfuhr hat vollständig aufgehört, die Gummiausfuhr ist in 5 Jahren um ein Drittel zurückgegangen, der Elfenbeinexport wird bald sein Ende erreicht haben. Togo hatte es sogar im Rechnungsjahr 1899/1900 zu einem Ueberschuß von 26 000 M. gebracht, während alle übrigen Kolonien Etatsüberschreitungen aufzuweisen haben. Aber diese 26 000 M. Etatsüberschuß bedeuten nicht etwa einen Ueberschuß der Reichseinnahmen über die Reichsausgaben für diese Kolonie, sie bedeuten bloß, daß der Etat in ehrlicher Weise aufgestellt wurde, daß die Zuschüsse des Reiches nicht größer geworden sind, als man dies dem Reichstage erklärt hatte. Im Etat für das Jahr 1901 hat diese Kolonie einen Reichszuschuß von nicht weniger als 884 000 M. erfordert.

Kamerun schien sich so lange günstig zu entwickeln, als man es nicht in eine Militärkolonie umwandelte. 1899 erforderte die Schutztruppe nur einen Betrag von 390 000 M., im Jahre 1901 dagegen 1 065 000 M. an fortdauernden und 270 000 M. an einmaligen Ausgaben. Diese Kolonie, die noch verhältnismäßig günstige Ausfuhrverhältnisse aufweist, dürfte aber selbst in einer fernen Zukunft kaum höhere Ausfuhrzahlen aufweisen, als gegenwärtig. Im Etatsjahre 1899/1900 wurden etwas über 3 Mill. Liter Palmöl weniger als in irgend einem der vier vorangegangenen Jahre exportiert. Die Ausfuhr von nicht ganz 7½ Millionen Kilogramm Palmkernen war hinter dem Vorjahre zurückgeblieben, das Gleiche gilt für die Ausfuhr der 528 000 Kilogr. Gummi und der 47 000 Kilogramm Elfenbein. Bloß der Export von Kakao war im Jahre 1899/1900 größer als in irgend einem der vorangegangenen Jahre. Der Tabakexport hatte vollständig aufgehört und der Kaffeeexport betrug nur 295 Kilogramm, also etwa soviel, als ein mittleres Kaffeehaus in Deutschland im Jahre verbraucht. Um diese zweifelhaften Erfolge zu erzielen, hatte das Reich 983 000 M. Reichszuschuß im Jahre 1900 für diese Kolonie verwendet. Das Hinterland, das von den Kolonialschwärmern so gerühmt wird, bietet für den Plantagenbau absolut ungünstiges Terrain. Die Plantagen im Hinterlande sind langsam eingegangen, weil sie absolut unnütz und überflüssig waren. Das ist das Bild der Kolonie, von der Dr. Martin behauptet, daß sie die einzige unter unseren größeren afrikanischen Kolonien ist, die günstige Aussichten bietet!

Ostafrika ist gleich Kamerun, was seinen Handel betrifft, auf seinem Höhepunkt angelangt, ja es hat ihn bereits überschritten. Seit 1896/97 gehen die Ausfuhrziffern ständig zurück, ebenso selbstverständlich auch die Ausfuhr. Das Gleiche gilt von der Einfuhr und von den Einfuhrzöllen. Die Einfuhr beträgt das Dreifache der Ausfuhr. Ein ideales wirtschaftliches Bild vom Standpunkte der Agrarier, die zu allen kolonialpolitischen Forderungen ja, ja sagen! Dementsprechend sind auch die Lasten, die der deutsche Staatsbürger für diese Kolonie zu tragen hat: 9 117 000 M. Reichszuschuß wurden für das letzte Etatsjahr gefordert, davon 2½ Million für die Schutztruppe. Vergleicht man diese Forderung für das nun ablaufende Etatsjahr mit früheren, so zeigt sich eine ungeheuere Steigerung, denn im Jahre 1898/99 betrug der Reichszuschuß 5 985 000 M., er ist seitdem ständig gewachsen. Mit steigenden Mitteln wird in dieser Kolonie Unmögliches versucht, aber die Einsicht steigert sich nicht, daß die verfehlten Bahnen verlassen werden müssen.

Vergleicht man die Schilderungen der Kolonialfreunde über Südwest-Afrika mit den thatsächlichen Verhältnissen, so muß man sagen, daß hier die Frivolität unserer Kolonialpolitik den

---

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

(31. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

In Njädels dickem Schädel spielte sich ein furchtbarer Kampf ab. Der Verdacht begann in ihm aufzudämmern, daß all dieses Elend schließlich vom Bruder ausging. Noch formte sich aber ein Gefühl nicht zum Zorn; nur ein dumpfer, schwerer Schmerz war es und ein Bedürfnis, den Bruder zu sehen und sich verteidigen zu hören — vielleicht gab es doch noch etwas, was ihn entschuldigen konnte.

Als sie die paar Stufen zu der Portierswohnung hinabstiegen, sagte der Lotsenvorsteher: „Versprich mir eines, Njädel! Daß Du nicht Hand an ihn legst! Vergiß nicht, daß er doch immer Dein Bruder ist."

„Du kannst ruhig sein —", antwortete Njädel.

Anders war im Begriff, sich zu rasieren. Er hatte den Spiegel ans Fensterkreuz gehangen, und das volle Tageslicht fiel voll von der Straße her auf sein Gesicht. Er hatte sich eben auf der rechten Backe rasiert, die linke war aber noch eingeseift.

Als er sah, wer kam, legte er das Rasiermesser weg. Sein Gesicht zuckte, dann aber kam das halb blödsinnige Lächeln wieder, das er in der letzten Zeit gewöhnlich gezeigt hatte, und er hielt dem Bruder die Hand hin: „Bist Du nun endlich da, Njädel; es ist hübsch von Dir, daß Du gekommen bist."

„Anders, Anders!" schrie Njädel und hob die schweren Fäuste drohend gegen ihn, „Was hast Du mit Christine gemacht?"

Bei dieser starken Stimme war es, als erwachte Anders. Er fiel in sich zusammen und wich zurück — bis in den äußersten Winkel des Zimmers. Sein Gesicht wurde beinahe aschgrau, während er diese derben Fäuste anstarrte.

Allmählich aber schien es, als sammelte sich dieses halb erloschene Gehirn zu einer letzten Anstrengung. Die langen, falschen Wimpern legten sich wieder um seinen Mund, und kläglich stammelnd sagte er: „Daß Du es übers Herz bringen kannst, Deinem Bruder so böse zu sein, Njädel! Und ich bin doch immer so schwach und krank gewesen. Erinnerst Du Dich noch — als wir klein waren — wenn wir für die Mutter Heidekraut pflückten."

Njädel ließ die Arme sinken. Wunderliche Erinnerungen tauchten in seiner Seele beim Klang dieser dünnen, bittenden Stimme auf, die er so gut kannte, bei diesem Tone aus seiner Kindheit — von dem Bruder, den er so sehr geliebt hatte.

„Und erinnerst Du Dich noch, was Mutter immer sagte?" fuhr Anders fort, während er die ganze Zeit das Gesicht des Bruders im Auge behielt. „Die Mutter sagte immer: Du, Njädel, bist ein Stockfisch, sagte sie; Anders aber ist so fein wie ein Wiesel."

Njädel nickte. Damit hatte es seine Richtigkeit. Und die Mutter und die Hütte unter der Bergwand und die Halde mit dem hohen Heidekraut, das im Sonnenschein so schön duftete — alles stand klar vor seinen Augen. Und mitten drin stand der Bruder, bleich, schwächlich, immer hilfsbedürftig, der geschont, an schwierigen Stellen getragen werden mußte. Und alles, was zwischen ihnen lag, schmolz hin und zerrann wie Schnee im Frühjahr; er wurde wieder Knabe, ein großer, ungeschlachter, gutmütiger Knabe, der er im Grunde immer gewesen war. Und keine Spur von Zorn war in ihm, als er sich abwandte und sagte: „Anders, Anders! Das solltest Du nicht gethan haben!"

Im Thorweg oben sagte der Lotsenvorsteher: „Es war gut, daß Du ihn nicht angefaßt hast. Du hättest ihn wie einen Zwieback zerbrechen können."

Jetzt war Njädel aber fertig; er lehnte sich an die Mauer und schluchzte laut.

Der Lotsenvorsteher ließ ihn so lange weinen, als er es für notwendig hielt. Dann zog er ihn mit sich fort — Njädel war gefügig wie ein Kind — fand ein Kellerrestaurant, und da stiegen sie beide hinab.

Der Lotsenvorsteher, der in Petersberg und Kopenhagen gewesen war, bestellte flott zwei Beefsteaks und eine Flasche Bier.

Als sie sich aber an den Tisch setzten, erzitterte das Haus von einem Kanonenschuß. „Der König kommt," sagte die Kellnerin. Sie war verstimmt, daß sie im Keller bleiben und diese beiden Bauern bedienen mußte und nicht auf die Straße hinauslaufen und sich den Einzug ansehen konnte.

XXII.

Es war ein ungewöhnlich strahlend heller Tag für diese Jahreszeit. Die Nachmittagssonne blitzte in den Fenstern und legte einen leichten Nebel über den Schloßpark, daß das Schloß sich von der goldenen Luft in seiner ganzen einfachen Schönheit abhob. Von der Festung her verbreiteten sich nach den Salutschüssen schwere Pulverwolken. Die Fahnen flatterten festlich, und von allen Seiten her strömte das Volk der Karljohannstraße zu, wo die Menge schon auf den Fußsteigen dicht gedrängt stand.

In den Fenstern lagen Damen in neuen Frühjahrstoiletten; hinter ihnen standen junge Herren und rissen Witze. Auf dem Eisenbahnplatze hielt die Polizei einen großen Platz frei. Die gelben Ritter hielten in all ihrer Pracht vor dem Bahnhofsgebäude. Großhändler Falck-Olsen saß stramm und feierlich auf seiner Falbestute und sah auf die Menge herab.

Der König war bereits angekommen. Man wartete nur das Ende der gewöhnlichen Begrüßungszeremonien auf dem Perron ab. Vom Hafen und aus allen Gassen und Gäßchen waren Matrosen gekommen, Lastträger, Frauenzimmer und Arbeiter, zunächst ein recht ärmliches Publikum. Als daher eine Stimme laut rief: „Es lebe der König! Hurra!", da fand der Ruf auf dem Platze nur schwachen Widerhall, und es trat dann eine unangenehme Totenstille ein, während die hohen Herrschaften in den Wagen stiegen.

Die gelben Ritter sprengten voraus, dann die Suite und die königlichen Wagen. Hie und da rief ein braver Bürger aus Leibeskräften Hurra; aber der allzu große Eifer einzelner schien die Menge zurückhaltend zu machen, und die Rufe klangen dünn und vereinzelt.

Allmählich aber wurde es besser und die schwedischen Herrn in den Wagen nickten sich zu. Es dauerte aber ziemlich lange, bis die Rufe allgemein wurden. Die prächtige Avenue vom Storthingsgebäude bis zum Schlosse strahlte im Glanze der Nachmittagssonne. Die glänzenden gelben Ritter in scharfem Trab,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020214/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ochsten Grad erreicht hat. Eine Ackerbau- und Auswanderer-kolonie sollte Südwest-Afrika werden, als reicher Fundort für edle Metalle und Edelsteine wurde es angepriesen, alle Opfer sollte es reichlich zurückerstatten, die in seinem Interesse gebracht wurden. Aber diese Ackerbaukolonie kann nicht einmal die Gemüse und Früchte und das Brotkorn für die dort lebenden Weißen produzieren! Um 52 000 M. Gemüse und Früchte, um 209 000 M. Getreide, um 347 000 M. Kaffee, um 62 000 M. Thee, um 123 000 M. Zigarren, um 1 345 000 M. Konserven wurden, abgesehen von zirka 858 000 M. für alkoholische Getränke, im Etatsjahre 1899/1900 in das Land eingeführt, und das soll eine Ackerbaukolonie werden! Man kann sich denken, wie teuer das Leben in jenem Gebiete sein muß, wenn all das, was zum Lebensunterhalt notwendig ist, erst mit teuren Frachtsätzen und hohen Zöllen belastet aus weiter Ferne eingeführt werden muß. Es ist da kein Wort weiter zu verlieren über die unglaublichen Zumutungen an die deutschen Auswanderer, daß sie statt nach den Vereinigten Staaten oder nach dem südlichen Brasilien nach Südwest-Afrika wandern sollten. Ebenso wurden die Hoffnungen getäuscht, Südwest-Afrika sei ein Minenland. Die Einfuhr ist verhältnismäßig groß, weil eben sonst die Menschen dort verhungern müßten, sie übersteigt um das vielfache unsere Ausfuhr. 1899/1900 betrug die Einfuhr fast 9 Millionen Mark, die Ausfuhr nicht ganz 1,1 Millionen Mark, hiervon entfielen über ⁹/₁₀ auf Guano, dessen Lager aber bald erschöpft sein werden, so daß dann die Ausfuhr überhaupt nicht mehr der Rede wert sein wird. Aber auch diese Guano-Ausfuhr ist für Deutschland heute schon fast vollständig gleichgültig. Zirka ⁹/₁₀ des ausgeführten Guanos kommen nicht unserer Landwirtschaft, sondern der englischen zu gute. Der Profit aus der Ausbeute der Guanolager fließt in die Taschen der Aktionäre einer englischen Gesellschaft, und die deutsche Reichsregierung kann wohl auf ihr geschäftliches Geschick nicht allzu stolz sein, wenn die staunende Welt erfährt, daß sie als Pacht für diese Guanolager volle 10 000 M. im Jahr empfängt. Finanziell und wirtschaftlich liegt die Kolonie vollständig danieder. Von den Ausgaben für das Jahr 1901, die mit 10 728 000 M. veranschlagt wurden, wurden 9 378 000 M. als Zuschuß des Reiches gefordert. Während zu den Zeiten des freilich wenig kolonial-begeisterten Caprivi bloß 1 700 000 M. Reichszuschuß gefordert wurden. Alles spricht dafür, daß diese Kolonie noch teurer und noch weniger gewinnreich werden wird als sie bisher gewesen.

Für solche Kolonien sich zu begeistern, gilt aber als eine Pflicht für den deutschen Musterbürger, einen verdächtigen Mangel an Patriotismus beweist derjenige, der nicht mit Hipp-Hipp-Hurra! allem zustimmt, was für diese Kolonien gefordert wird. Ginge es nach unseren Kolonialfreunden, dann wären schon vor zwei Jahren über 100 Millionen für koloniale Eisenbahnen bewilligt worden, deren Wertlosigkeit auf der Hand liegt. Gerade die Ausführungen Dr. Martins beweisen, daß es nicht systematische Reinjagerei ist, die die Sozialdemokratie veranlaßt, die Opfer für die Kolonialpolitik als eine unverzeihliche Verschwendung, als Ausfluß unserer Großmannssucht zu betrachten.

Mag auch Dr. Martin noch so häufig betonen, wie schön Kolonien wären, wenn sie anders behandelt würden, als die von Juristen und Militärs heruntergewirtschafteten deutschen, so können wir trotzdem mit voller Beruhigung auf diese Schrift hinweisen, die klar erweist, daß wir recht hatten, als wir immer wieder den Standpunkt für den richtigen erklärten:

Weg mit unseren Kolonien!

Politische Uebersicht.

Säbelrecht.

Mit drei Monaten Gefängnis hat gestern das Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 die That des Leutnants Rose gesühnt erachtet, der zu Zittau einen unbewaffneten Bürger in seiner Wohnung überfiel und mit dem Säbel traktierte. Und so sehr wir auch die That verurteilen, und so energisch wir fordern, daß das Leben des Bürgers vor Säbelhelden geschützt werde, daß die Wiederkehr solcher Ueberfälle verhindert werde — wir können diesmal das milde Urteil nicht schelten, nicht schelten, daß das Kriegsgericht dem jungen Manne mildernde Umstände zubilligte. Denn an diesem Falle zeigt es sich mit krasser Deutlichkeit, wie ein Mann, der gar keine Anlagen zum Raufbold und Säbelhelden hat, durch das System, durch die widersinnigen Anschauungen im Offizierkorps über das Wesen der Ehre und über die Mittel zu ihrer Wahrung und Wiederherstellung, geradezu gezwungen wird, mit dem Säbel auf einen Wehrlosen einzuhauen. Er muß die Gefahr mißachten, daß er vielleicht ein Menschenleben dabei zerstören kann. — Jeder rohe, besoffene Raufbold kann ihn zwingen, das Gesetz zu übertreten und sich und andere vielleicht auf Lebenszeit unglücklich zu machen! Denn andernfalls ist er entehrt und nicht mehr würdig, des Königs Rock zu tragen! Wer will den ersten Stein auf den jungen Mann werfen, der in diesem Konflikt der Pflichten den Weg ging, den vor ihm andere ältere Kameraden gegangen, und der, wenn er auch ins Gefängnis führt, doch allein zu dem Ziele führen konnte, fürderhin in den Augen seiner Kameraden als Ehrenmann zu gelten und die Epauletten weiter tragen zu dürfen. Und die Niederen älterer Kameraden hatten ihn zudem ausdrücklich auf diesen Weg gewiesen.

Der Fall lag milde für die Person des Angeklagten. Er hat sich bei dem häßlichen Wirtshausstreit, den ein streitsüchtiger, angetrunkener Raufbold vom Zaune brach, so vernünftig und anständig benommen, wie man es nur von einem Manne in seinen Jahren verlangen konnte. Aber gerade deshalb liegt der Fall um so schlimmer für das System! Gerade weil der Zivilist hier in geradezu unqualifizierbarer Weise den Zusammenstoß im Wirtshaus provozierte, gerade weil dieser Herr sich so unanständig wie möglich benommen, gerade deshalb ist der Fall für das System so vernichtend! Er offenbart den ganzen Unsinn dieses Systems der besonderen Offiziersehre, den krassen Widerspruch, in dem es zur Vernunft steht. Der Zittauer Fall zeigt, wie weit wir noch von der Durchführung des Rechtsstaats entfernt sind und wie die feudalen Anschauungen der Offizierskaste gleich einem Zwing-Uri sich noch in unserem bürgerlichen Leben breit machen. Er ist eine neue Mahnung, daß aufgeräumt werden muß mit dem mittelalterlichen Schutt, der uns einengt auf Schritt und Tritt. Das Bürgertum hat es nicht gekonnt. Es ist zum Affen, zum Schwanz des Junkertums geworden und bewahrt seine Vorurteile als kostbare Güter — der Angeklagte in diesem Prozeß trägt den bürgerlichen Namen Rose! — Dem Proletariat fällt neben seiner speziellen Aufgabe, die es im Klassenkampfe zu lösen hat, auch die andere zu, die Reste des Feudalismus abzutragen. Und der Zittauer Fall wird ihm ein neuer Sporn sein, in diesem Kampfe nicht zu ermatten. Unter proletarischen Fäusten wird das System zusammenbrechen, das den Bürger unter das Säbelrecht des Offiziers stellt.

An die Freunde der Preßknebelung.

„Wenn sie eine Zeitung unter ihre Faust gebracht, frohlocken sie, daß sie den Strom der Zeit aufgehalten! Sie gleichen jenem dummen Teufel, der die Quelle in Donaueschingen mit seiner Hand bedeckte und dabei lachend ausrief: Wie werden sie sich in Wien wundern, wenn auf einmal die Donau ausbleibt!"

Börne, Fragmente.

Deutsches Reich.

Berlin, 14. Februar. In der Zolltarifkommission gab es am Donnerstag eine hitzige Debatte über den Zeitpunkt, zu dem der Zolltarif in Kraft treten soll. Die Regierungsvorlage sieht dafür lediglich das Ermessen des Bundesrates vor, die vereinigten Schutzzöllner, mit Ausnahme Bemmers, beantragten, den 1. Januar 1905 als spätesten Termin festzusetzen. Von der Gegenseite wurde darauf hingewiesen, daß das die Kündigung der Handelsverträge vor Abschluß neuer, ja vor Feststellung des neuen Tarifs bedinge, ein Sprung ins Dunkle, der Deutschland schwer schädigen müsse und den Zollkrieg gebären könne. Aber die Agrarier wollen die Kündigung, weil sie hoffen, daß so die Linke zur Durchpeitschung des Tarifs gezwungen werden könne. Den Zollkrieg fürchten sie nicht. Staatssekretär Graf Posadowsky nahm im Verlauf der Sitzung zweimal das Wort, um den Antrag Spahn auf das energischste zu bekämpfen. Für seine näheren Ausführungen hatte er aber um vertrauliche Behandlung ersucht. Zur Abstimmung kam es nicht, am Freitag geht die Debatte weiter.

— Der Reichstag begann am Donnerstag die Beratung des Postetats, wobei Herr Kraetke, der neue Postgewaltige, sich zum erstenmal dem Hause vorstellte. Er zeigte sich als höflicher, entgegenkommender Mann. Von sozialdemokratischer Seite trugen die Genossen Singer und Albrecht die mannigfachen Beschwerden der Postbeamten vor. Herr Kraetke verhieß zum Teil Abhilfe, zum Teil verweigerte er sie, zum Teil wich er aus. Die Redner der bürgerlichen Parteien verrieten meist wenig Lust, die Wünsche der Postbeamten zu vertreten. Auch über das schwarze Kabinett, das die Engländer in Kapstadt errichteten, wurde gesprochen. Herr Kraetke konnte nur mitteilen, daß Beschwerde eingereicht sei und die deutschen Briefe nach den Kolonien der Vorsicht halber jetzt in direkten Beuteln befördert werden.

— Im preußischen Abgeordnetenhaus konnte am Donnerstag endlich der Staatssekretär Frhr. v. Richthofen die Antwort Englands in der Sache des Burenhilfsbundes mitteilen. Die englische Humanität erlaubt danach keine Geldsendungen, sondern nur Lebensmittel und Kleidung in die Konzentrationslager zu schicken. Das Haus nahm die Kunde von diesem nicht sehr imponierenden diplomatischen Erfolg mit eisigem Schweigen auf — eine Debatte war nicht zulässig.

— In der Budgetkommission, die am Donnerstag Positionen des Postetats beriet, offenbarte wieder einmal der Zentrums-Müller, wie ernst er seiner Zeit das Wort vom „ungehenden Verkehr" gemeint. Er trat neben Stillstand in der Gehaltsverbesserung die Herausfsetzung der Postgebühren an, weil die Post jetzt in ihrem Ueberschuß — nur 20 Millionen Mark — gebe. Die Liebesgaben der Post an die Industrie müssen aufhören. Selbst Herr Kraetke, dem sonst das Programm Müllers gefällt, konnte die Behauptung von den Liebesgaben an die Industrie nicht stillschweigend hinnehmen.

— Die Wahlprüfungskommission beschloß in ihrer Sitzung vom Donnerstag mittag die Wahl des Abg. Gothein (Greifswald-Grimmen) für gültig zu erklären. — In der vom Plenum an die Kommission zurückgewiesenen Wahl des Abg. Sieg (II. Bezirk Marienwerder) sind inzwischen neue amtsgerichtliche Erhebungen gepflogen, auf Grund deren die Kommission neue Zeugenvernehmungen beschloß.

— Die zur Vorberatung des Antrags Bassermann auf Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte eingesetzte Reichstagskommission trat Donnerstag zu einer Sitzung zusammen. In die Verhandlung des Antrags wurde jedoch nicht eingetreten, sondern beschlossen, den von der Regierung über dieselbe Materie in Aussicht gestellten Entwurf erst abzuwarten und diesen dann als Grundlage für die Beratung zu benutzen.

— Gegen die Gesundbeter. Wie verlautet, besteht in Berlin die Absicht, vorläufig von der Polizei eine öffentliche Warnung vor diesem Unfug zu erlassen. Ferner dürfte den Spiritisten ihre öffentliche Thätigkeit stark beschnitten werden, und zwar durch eine polizeiliche Verfügung, die das Erscheinen von „Geistern", das Verfallen der Medien in Traumzustand, sowie ähnlichen Humbug in öffentlichen Versammlungen verbietet.

— Ein Scherz. Das Gehalt des zweiten Bürgermeisters von Berlin ist mit 18 000 M. in den Etat für 1902 eingestellt. Das Gehalt haben die Berliner — wenn sie nur erst einen dazu passenden Bürgermeister hätten!

Ein Zugeständnis aus Brotwuchermund. Die Antisemitische Korrespondenz des Herrn Liebermann von Sonnenberg giebt zu, daß die gegnerische Parole Gegen den Brotwucher die Hauptursache der antisemitischen Niederlage im Wahlkreis Schaumburg-Lippe war.

Zur Ausführung des Fleischschaugesetzes hat der Bundesrat in seiner Sitzung am Donnerstag dem Ausschußbericht zugestimmt über den Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend gesundheitsschädliche und täuschende Zusätze zu Fleisch und dessen Zubereitungen und den Entwurf einer Verordnung wegen teilweiser Inkraftsetzung des Fleischschaugesetzes.

Die Nachricht vom Neu-Ulmer Duell wird jetzt in der halbamtlichen Berl. Korresp. als unwahr bezeichnet. Eine sonderbare Geschichte. Hoffentlich ruhen die Ulmer Blätter nicht, bis sie wissen, wie die Meldung entstehen konnte.

Militaria. In München sind beim Leibregiment wieder Fälle von Genickstarre konstatiert worden. Die Korrespondenz Hoffmann schreibt dazu: Ueber die beiden beim Infanterie-Leibregiment vorgekommenen Fälle von Genickstarre erfahren wir auf Grund von Erkundigungen an zuständiger Stelle, daß zwei im Lazarett behandelte Soldaten am 7. bezw. 8. Februar an Genickstarre gestorben sind, seitdem aber kein weiterer Fall vorgekommen ist. Alle erforderlichen Maßnahmen sind sofort ergriffen worden, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhüten.

Kleine politische Nachrichten. Vor einiger Zeit hielt die deutsch-hannoversche (welfische) Partei in der Gegend von Goslar mehrere Versammlungen ab, um den Boden für die nächste Reichstagswahl vorzubereiten. Dabei hatte der Kaufmann Gustav Fricke aus Linden bei Hannover seine Aufklärungsrede auch mit Angriffen gegen die preußische Regierung ausstaffiert. Das Landratsamt Goslar betrachtete diese Reden als — groben Unfug und sandte Herrn Fricke drei Strafbefehle über je drei Tage Haft. Hiergegen rief der Beitrafte das Gericht an. Das Schöffengericht in Liebenburg erhöhte jedoch die Strafe wegen groben Unfugs in drei Fällen auf drei Wochen Haft. — Die im Zeugniszwangsverfahren gegen den Redakteur des Holzmind. Volksbl. verhängte Geldstrafe ist auf Beschwerde aufgehoben und die Kosten der Staatskasse auferlegt worden. — Das Schöffengericht zu Hadersleben verurteilte am Donnerstag den ausgewiesenen Hofbesitzer Finnemann aus Taarning wegen unerlaubter Rückkehr zu einer Haftstrafe von vier Tagen. Der Amtsanwalt hatte wegen des Terrorismus, den Finnemann in der Gemeinde ausübe, eine Woche Haft beantragt.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Lage in Triest. Nachdem die Direktion des Oesterreichischen Lloyd in ihrer Weigerung, die Forderungen ihrer Heizer zu bewilligen, verharrt, sind sämtliche Lloyd-Arbeiter in den Streik getreten. Dem Ausstande haben sich angeschlossen: Sämtliche Arbeiter der Stabilimento Tecnico Triestino, der Werft in San Marco, ferner die Arbeiter des Freihafens und einer großen Zahl der bedeutendsten Fabriketablissements. Vor der städtischen Gasanstalt versammelten sich 3000 Arbeiter und verlangten auch hier die Einstellung. Sie wurden von der einschreitenden Wache zerstreut, wobei sechs Verhaftungen vorgenommen wurden; nun zog eine große Menge Arbeiter vor die Fabrik in Modiano und einige benachbarte Fabriken, dort ebenfalls die Arbeitseinstellung fordernd. Die Wache schritt abermals ein und nahm weitere Verhaftungen vor. Gegenwärtig sind ca. 800 Arbeiter im Vereinshause der Arbeitervereinigung versammelt. Das Militär ist in der großen Kaserne konsigniert. Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich auf über 5000.

Wolffs Bureau meldet heute morgen: Die Ausstandsbewegung nimmt einen immer größeren Umfang an. Die Schriftsetzer beschlossen, sich ebenfalls dem Ausstande anzuschließen. Die Zeitungen werden daher morgen früh nicht erscheinen. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 6500.

Ein unerhörter Skandal. Wie die Wiener Neue Freie Presse meldet, wurde die Gemeinde Wien vom Gericht verurteilt, ein von ihr als geheim behütetes Dokument herauszugeben. In dem Dokument verpflichtete sich ein städtischer Bauunternehmer, der Erweiterungsbauten an den Wasserschöpfwerken in Potschach vornahm, weder öffentlich noch den Behörden noch Privaten mitzuteilen, daß in den Brunnen der Potschacher Tiefquellenleitung Sickerwasser aus dem Gebiet des Abdeckers von Gloggnitz eindringt und die Wiener Wasserleitung verunreinigt. Das Potschacher Schöpfwerk, dessen Wasser der Sanitätsbehörde schon lange verdächtig war, ist jetzt außer Betrieb gesetzt.

Schweiz.

Die Antwort auf den deutschen Zolltarif ist erfolgt. Der neue Tarifentwurf, den der Bundesrat soeben der Bundesversammlung vorlegte, sieht fast bei allen, gegen früher stark vermehrten Positionen eine allgemeine Erhöhung der Zölle vor. So besonders auch bei den Artikeln, die Deutschland vornehmlich nach der Schweiz einführt: bei Herren- und Damenkleidern aus Baumwolle und aus Wolle, für die Sätze von 150, 200, 200 und 300 Franken eingestellt sind. Für den Zollkrieg wird der Bundesrat zur Erhöhung der Zölle ermächtigt.

England.

Der ostasiatische Zweibund vor dem Parlamente. Auf verschiedene Anfragen über das englisch-japanische Abkommen erklärte der Unterstaatssekretär des Aeußeren Lord Cranborne, der Inhalt des Abkommens sei vor der Veröffentlichung der Regierung bei [illegible] einzigen Staaten mitgeteilt worden, diese habe aber keinerlei Meinung darüber geäußert. Auf eine Anfrage O'Kellys, ob der Vertrag auch auf die Mandschurei Anwendung finde und ob die deutsche Regierung der Ansicht sei, daß das englisch-deutsche Abkommen gleichfalls auf die Mandschurei Anwendung finde, erklärte Cranborne, die Mandschurei sei ebenso wenig wie irgend eine andere Provinz Chinas von dem Geltungsbereich des neuen Abkommens ausgeschlossen. — Der Inhalt des englisch-japanischen Abkommens sei auch der deutschen [illegible]

---

die Wagen, die hohen Herrn in Uniform, zahlreiche Gruppen gutgekleideter Personen, die das Hurrarufen in Szene setzten — alles das hob die Stimmung, und schließlich wurde Hurra geschrien mit brausender Begeisterung.

Als der Zug vorüber war, wimmelte die ganze Karljohannstraße von Leuten, die zum Schloß hinauf sahen, wo die Ritter und Wagen wie eine glänzende Schlange sich die Anhöhe hinaufbewegten, während der Staub sich von den königlichen Wagen wie eine goldene Wolke erhob und sich wie segnend auf das Volk herabsenkte.

Der Eisenbahnplatz wurde bald wieder leer, die Leute kehrten zu ihrer Arbeit zurück. Eine ganze Masse Frauenzimmer und junge Burschen aber folgten dem Strom zum Schlosse hinauf. Sie waren in Feststimmung gekommen; es konnte doch nichts nützen, heute wieder an die Arbeit zu gehen. Die Luft war ja auch so mild, und das Wetter so schön, und außerdem war die Rede von Illumination und dergleichen.

Die Sache war nämlich die, daß der König im Laufe des Winters ein Halsgeschwür gehabt hatte; deshalb brachten ihm die Studenten vor dem Schlosse einen Fackelzug dar und sangen: „Hör uns, Swea, unser aller Mutter!"

Aus demselben Anlaß war auch im Tivoli „großes Dankfest" mit Deklamation und Feuerwerk.

Eine große Menschenmenge war daher am Abend auf den Beinen, besonders in der Nähe des Tivoli und des Studentenwäldchens. Es roch nach schlechten Zigarren, frischer Erde und jungem Gras; dazu kam noch der Duft von den Balsampappeln, deren klebrige Blatthülsen zu springen begannen.

Staatsräte und Hofbeamte, Offiziere und andere Herren in Uniform fuhren ins Schloß. Dort waren viele Fenster erleuchtet, und die Königsflagge hob sich von dem hellgrünen Abendhimmel ab.

Unten aber beim Auswandererschiff wurde gearbeitet, gelärmt und geschrien, und ein so toller Wirrwarr herrschte, daß einige Auswanderer vom Lande sich auf ihre Kisten setzten und weinten.

Als Njädel und der Lotsenvorsteher zurückkehrten, fanden sie ihren Freund, den Agenten. Der rief aber nur: „all right" und lief an ihnen vorüber. Er war ganz in Schweiß gebadet und so heiser, daß er kaum noch einen Ton in der Kehle hatte.

An der Landungsbrücke standen ein paar Schauerleute, und als Njädel hinter dem Lotsenvorsteher die Brücke betreten wollte, sagte der eine Schauermann zum anderen: „Es ist doch eine Schande, daß diese Amerikaner uns solche Riesen entführen dürfen."

Njädel hörte das und streckte seine Hand hin.

Der Schauermann aber fürchtete eine Hinterlist und sah die derbe Faust mißtrauisch an. Als er aber dann Njädels helle Augen sah, schlug er kräftig ein und sagte halb beschämt: „Na ja! Du wirst wohl selber am besten wissen, was Du thust. Also adieu, Alter, und glückliche Reise!"

An Bord war die Verwirrung und der Lärm noch größer. Der Lotsenvorsteher setzte sich aber mit philosophischer Ruhe vor seiner Koje auf seine Kiste; nun mochten die anderen lärmen, so viel als sie wollten.

Njädel aber hielt es nicht aus, ruhig mit zuzusehen, wie all die schweren Ballen und Kisten an Bord geschafft wurden. Ab und zu ging er hin und griff mit zu. Und wenn die Matrosen ihn verwundert ansahen, nickte er nur lächelnd. Schließlich stellte er sich bei der Fallthür auf, und wenn etwas besonderes Schweres kam, riefen die Leute: „Ueberlaßt das dem Bären!"

Das schmeichelte Njädel und entriß ihn seinen trüben Gedanken. Er empfand ein starkes Bedürfnis, sich wieder mit einer recht schweren Arbeit abzurackern.

Am Abend aber, als der Lärm verstummte und die Leute Abschied nahmen, wurde er „weich wie Butter", wie sich der Lotsenvorsteher ausdrückte. Keinem einzigen Menschen hatte er Lebewohl zu sagen, und deshalb war ihm, als müsse er allen, die ans Land stiegen, die Hand geben.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020214/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Regierung mitgeteilt worden und das englisch-deutsche Abkommen bleibe noch in Kraft. Dem Vorredner sei ohne Zweifel die Ansicht nicht bekannt, die die deutsche Regierung der Frage der Anwendbarkeit des englisch-deutschen Abkommens auf die Mandschurei gegeben habe.

Im Oberhause billigte Rosebery den Vertrag und beglückwünschte Landsdowne zum Abschluß. Die Anfrage Roseberys beantwortend erklärt Landsdowne, die Mandschurei werde von der englischen Regierung als ein Teil Chinas angesehen und sei daher vom Vertrag betroffen worden. Es sei möglich, daß beim Beschluß über die Abänderung der Besetzung Weihaiweis einige seiner Kollegen bewußt oder unbewußt durch Kenntnis des Vertrages beeinflußt worden seien. Beide Angelegenheiten seien gleichzeitig entschieden worden. Es gebe keine Dokumente, aus denen Angaben über die Vorgänge zwischen England und anderen Regierungen hervorgingen, die diese wünschten, dem englisch-japanischen Abkommen beizutreten. Bei der jetzigen politischen Lage werde man nicht unbedingt der Doktrin huldigen, daß jedes Bündnis mit einer fremden Macht zu vermeiden sei. Das Bündnis sei wertvoll und bezwecke die Aufrechterhaltung des status quo, des Friedens und der Politik der offenen Thür im fernen Osten. Die Politik Englands sei, Japan gegen die große Gefahr, die es bedrohen könne, nämlich eine Koalition anderer Mächte, zu schützen. Wenn es zu Feindseligkeiten kommen sollte, werde durch das Abkommen deren Ausdehnung eingeschränkt werden.

Ein neuer Anschlag gegen die Trade-Unions. Die Grubenbesitzer von Süd-Wales scheinen nunmehr willens, die vom Hause der Lords durch das Urteil in der Taff-Vale-Eisenbahn-Angelegenheit geschaffene Haftbarkeit der Gewerkvereine für den Schaden, der aus dem Verhalten ihrer Mitglieder für die Unternehmer erwächst, zu einem schweren Schlage gegen die Vereinigung der Bergleute ihres Reviers benutzen zu wollen. Veranlassung bietet ihnen die Thatsache, daß die Bergleute durch Einschieben von Feierschichten die Förderung einzuschränken und damit das weitere Sinken der Kohlenpreise zu verhindern suchten. Die South Wales Daily News schreibt, die Unternehmer beabsichtigen, für jeden Mann 1 Sh. für die Tonne des durch die drei Schichten entstandenen Ausfalles in der Kohlenförderung als Schadenersatz zu verlangen. Die Durchschnittsleistung eines Mannes wird auf 4 Tonnen in drei Tagen berechnet, und deshalb würde für jeden Mann ein Schadenersatz von 4 Sh. zu zahlen sein, wozu noch die laufenden Betriebskosten kämen.

Der ostasiatische Zweibund. Der Voss. Ztg. meldet vom 13. Februar ihr Londoner Korrespondent: Wie ich erfahre, ist außer dem veröffentlichten Abkommen eine geheime Militärkonvention zwischen Großbritannien und Japan abgeschlossen worden, derzufolge das britische Geschwader in den ostasiatischen Gewässern wesentlich verstärkt werden soll.

Süd-Afrika.

Die Behauptungen über Schandthaten britischer Soldaten an Burenfrauen haben auch die Burenfrauen und -Mädchen zu einem Widerspruch veranlaßt. Eine der am meisten wiederholten Anklagen war bekanntlich das Zufluchtslager in Irene, aus dem, wie behauptet wurde, Burenfrauen und -Mädchen, von letzteren alle, die das zwölfte Jahr überschritten hatten, unter militärischer Bedeckung nach Pretoria geschleppt worden seien, um dort der englischen Soldateska preisgegeben zu werden. Im Namen der Burenfrauen und -Mädchen im Zufluchtslager von Irene erhebt nun der bekannte holländische Seelsorger, Herr Bienaar, der in diesem Zufluchtslager seines Amtes waltete, Einspruch gegen „diese wilden und schamlosen Anklagen, durch welche der ehrenhafte Charakter und der gute Ruf der jungen Afrikandermädchen geschändet wird und die nur gemacht werden, um den Zwecken verlogener Zungen und gewissenloser Leute zu dienen."

China.

Prompter Erfolg. Den Chinesen ist durch den englisch-japanischen Vertrag gleich das Rückgrat gesteift worden. Die chinesischen Beamten, darunter Tsching, gaben ihrer großen Befriedigung über den Vertrag Ausdruck. Tsching erklärte, daß er sich weigere, mit den russischen Vertretern weiter über die geplante Konvention mit der russisch-chinesischen Bank zu verhandeln.

Parteiangelegenheiten.

Der nächste internationale sozialistische Kongreß wird im Jahre 1903 in Amsterdam stattfinden. Das internationale Bureau fordert die Parteien und wirtschaftlichen Verbände aller Länder auf, mit ihren nächsten Kongressen und Parteitagen zu dem internationalen Arbeiterkongreß Stellung zu nehmen und event. Anträge zur Tagesordnung rechtzeitig zu stellen. Alle Zuschriften sind zu adressieren an Victor Serwy, Maison du Peuple, Rue Joseph Stevens, Brüssel.

Totenliste der Partei. Im Alter von 63 Jahren starb in Pforzheim der Gen. Metallarbeiter Schuber. Er war Mitglied des Bürgerausschusses und stand stets mit in den vordersten Reihen. — In Elberfeld starb im Alter von 61 Jahren der Parteigenosse Wilh. Fülle.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Von der Gewerkschaft der Buchdrucker erhält der Vorwärts eine Zuschrift, die im Anschluß an eine im Vorwärts veröffentlichte Kritik über das Verhalten der Buchdrucker-Wacht, des Organs der Gewerkschaft, folgendes darlegt: Die Ablehnung wird im besonderen damit motiviert, daß die Vermittelung der Generalkommission, wie es der Antrag aus Bremen, Harburg und Hamburg wollte, bei den Mitgliedern eine starke Abneigung hervorrief. Die Generalkommission hatte auf dem Frankfurter Kongreß sehr entschieden den Ausschluß der Buchdrucker-Gewerkschaft gefordert, man konnte also von der Seite keine Förderung der Sache erwarten. Daß die Gewerkschaft zu einer Einigung keine ablehnende Stellung einnimmt, das ist den Lesern aus den Verhandlungen während des Leipziger Konfliktes bekannt.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. In der Metallfabrik von Kabriel & Bergenthal zu Warstein (Westfalen) haben 100 Arbeiter wegen Lohnabzügen die Arbeit niedergelegt. — Der Streik in der Schraubenfabrik von Stelzner in Berlin ist beendet. — In einer Handschuhfabrik in Ilmenau erhielten 12 Arbeiter ihre Kündigung, angeblich wegen schlechten Geschäftsganges. — In der Galanteriewarenfabrik von Anbeck & Co. in Gößnitz sind Differenzen ausgebrochen.

Soziales.

Die Arbeitslosigkeit in der Reichshauptstadt. Die Riesenarbeit, das bei der Zählung gewonnene Material zu sichten, ist am Mittwoch beendet worden und ergiebt ein Resultat, das die schlimmsten Befürchtungen übertrifft: **59542 völlig Arbeitslose, 42933 Personen, deren Erwerb durch Arbeitsmangel beschränkt ist und 15748, die wegen Krankheit nicht arbeiten können.** In diesem Resultat sind die Vororte nicht enthalten. — Wer da noch einen außerordentlichen Notstand leugnen wollte, der muß ein großer Ignorant sein.

Der Zittauer „Fall Brüsewitz"

stand gestern vor dem hiesigen Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 zur Verhandlung. Der 21 Jahre alte Leutnant Walter Rose von der 10. Komp. des 3. Inf.-Regt. Nr. 102 in Zittau mußte die Anklagebank betreten, um sich wegen qualifizierten Hausfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Waffe in ideeller Konkurrenz mit rechtswidrigem Waffengebrauch zu verantworten. Es handelt sich, wie sich unsere Leser entsinnen werden, um jenen auch von uns seiner Zeit geschilderten Vorgang, wonach ein Offizier sich für eine im öffentlichen Lokale von einem Zivilisten erhaltene Ohrfeige dadurch Genugthuung verschaffte, daß er einige Tage später mit unerhörter Waffe in dessen Wohnung eindrang und mit dem Säbel auf den Angreifer seiner Ehre einhieb. Zur Beweisaufnahme war eine größere Anzahl Zeugen geladen. Nach Verlesung der Anklageschrift stellte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Schweinitz, den Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen militärischer Dienstgeheimnisse, dem aber nicht stattgegeben wurde.

Die persönliche Vernehmung des Angeklagten, der sich seit etwa acht Tagen in Untersuchungshaft befindet, ergab, daß dieser sich in der Nacht zum 18. Januar nach dem Theater mit einem Mädchen zu einem Stelldichein in dem auf der Bahnhofstraße gelegenen Café Reichspost verabredet hatte. Das Mädchen war die Kellnerin des Lokals. Er ist dann auch in Zivil gegen ½12 Uhr nachts dort angekommen und hat sich mit dem Mädchen und einem ihm bekannten Herrn in einem etwas abgesonderten Raume des Cafés bis gegen 2 Uhr aufgehalten. Um diese Zeit wollte Angeklagter aufbrechen und war gerade beim Begleichen seiner Zeche, als zwei Herren, der Agent Häbler und ein gewisser Schwarzbach, eintraten. Die Ankömmlinge wollten anscheinend Billard spielen, wenigstens kreidete sich H. das Queue an, wobei er den am nächsten Tisch sitzenden Leutnant R. stark fixierte. Plötzlich sei H. an seinen Tisch herangetreten und habe die Kreide heftig niedergelegt, wobei er das Mädchen anlachte, die beiden daneben sitzenden Herren aber vollständig ignorierte. Der Leutnant redete darauf den andern mit den Worten an: „Verzeihen Sie, wir haben Sie doch nicht aufgefordert, sich zu unsrer Gesellschaft zu setzen." Häbler sei hierauf ganz dicht an ihn herangetreten, so daß er sich nicht von seinem Platze habe erheben können, und zu ihm gesagt: „Was wollen Sie denn von mir, Sie junger Mensch, ich spreche ja gar nicht mit Ihnen!" Nach einem heftigen Wortwechsel, der sich hieran geknüpft, will dann der Leutnant ganz leise vor sich hin gesagt haben: „Gehen Sie nur endlich fort, Sie sind ja besoffen!" Im nächsten Augenblicke hatte ihm H. einen ziemlich kräftigen Schlag auf die linke Backe versetzt mit den Worten: „Was, ich bin besoffen!" Angeklagter habe für den ersten Augenblick die Ohrfeige sofort erwidern wollen, sich aber gesagt, daß er es mit einem nicht zurechnungsfähigen Menschen zu thun habe. Er habe nun überlegt, ob er aufspringen und weggehen solle, sei aber schließlich sitzen geblieben, da auch das Mädchen ihm mit den Worten zuredete: „Bleib nur!", auch habe er die Befürchtung gehegt, daß sich eine Schlägerei entspinnen könnte, zumal ihm einer der anwesenden Gäste als Raufbold bekannt war. Deshalb sei er nur ans Büffett zum Wirt gegangen, um diesen nach dem Namen des Zivilisten zu fragen, den er sich dann auf die Manschette notiert habe. Damit noch beschäftigt, habe er hinter sich eine Stimme vernommen: „Wer ist denn der junge Mensch, der sagt, ich sei besoffen?" Leutnant Rose that, als ob er es nicht gehört, zog sich vielmehr an, um fortzugehen. Als er die Ausgangsthür erreicht, habe ihm Häbler noch nachgerufen: „Mein Name ist Richard Häbler, wie heißen Sie denn?" Wie Angeklagter weiter erzählt, will er nun den Entschluß gefaßt haben, sich am nächsten Tage (einem Sonnabend) an den Ehrenrat zu wenden; doch sei er schließlich hiervon abgekommen, weil er gerade viel zu thun und auch geglaubt habe, Häbler werde noch um Entschuldigung bitten kommen, und daß der Vorfall auch nicht zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gelangt sei. Am Sonntag morgen habe er aber von dem Redakteur Steinsdorff einen Brief erhalten, worin ihm dieser mitteilte, daß er der Kaffeehausscene beigewohnt habe, die Sache nicht ruhig vorübergehen lassen wolle, und sich schließlich bei der zu erwartenden gerichtlichen Verhandlung als Zeuge zu fungieren erbot. Nun habe er sich gesagt, daß auf jeden Fall etwas geschehen müsse, und sei hierin noch bestärkt worden, als er bald darauf einen Kameraden traf und dessen verändertes Wesen ihm gegenüber bemerkte. Mit einer Droschke sei er sofort nach der Kaserne gefahren, wo er den Leutnant Steffens aufgesucht habe. Dieser habe ihm auf seine Frage erklärt, daß er von allem unterrichtet sei, und Leutnant Stübel bereits dem Vorsitzenden des Ehrengerichts Meldung erstattet habe. Steffens habe auch bemerkt, es wäre von ihm (dem Angeklagten) schlapp gewesen, daß er die Ohrfeige nicht sogleich zurückgegeben und ihm schließlich geraten, sich sofort in die Wohnung des Häbler zu begeben und diesen mit dem Säbel zu verhauen, wenn er ihm auch nicht schwerere Verletzungen beizubringen brauche. Beim Abschied habe ihm dann noch Steffens zugerufen, er möge sich nur gleich noch zwei Pistolen mitnehmen. Nunmehr hat sich der Angeklagte in seiner Angst auch noch zu dem Leutnant Stübel begeben, um auch dessen Rat einzuholen. Jener habe aber nur die Achseln gezuckt mit der Bemerkung, daß die Sache nun zu spät sei, die Frage, ob er einen geschliffenen Säbel bekommen könne, sei ihm verneint worden. Von hier hat sich Leutnant Rose — jetzt in Uniform — ohne weiteres auch nach Häblers Wohnung begeben, wo er nur einen Jungen antraf. Dieser habe auf sein Geheiß den Gesuchten benachrichtigt, worauf Häbler nach einer kurzen Weile in Hemdärmeln und in der einen Hand eine Zeitung haltend erschienen sei und ihn nach seinem Begehr gefragt habe. Der Offizier verwies ihn auf den Vorfall im Café Reichspost, wo H. ihm, trotzdem er gewußt, daß er einen Offizier vor sich habe, eine Ohrfeige versetzt habe. Häbler gab dies auch zu, bestritt aber, ihn gekannt zu haben. Hierauf will der Angeklagte folgendes erklärt haben: „Ich habe den Schlag nicht erwidert, um eine Schlägerei zu vermeiden. Jetzt stehe ich vor Ihnen als Offizier und fordere Revanche!" Eine kleine Pause sei nun eingetreten, da er von dem andern eine Erklärung erwartet haben will. Aber nichts sei erfolgt. Infolgedessen habe er unter seinen aufgeknöpften Mantel gegriffen, seinen Säbel so schnell als möglich gezogen und damit nach Häblers Kopf geschlagen. Der Hieb sei abgeschwächt worden, da der Bedrohte pariert habe und er auch durch seinen Mantel behindert gewesen sei. Ob ein zweiter Schlag getroffen, wisse er nicht, weiter habe er nicht geschlagen. Häbler sei inzwischen auf ihn eingestürmt und so nahe an ihn herangekommen, daß weiter nichts geschehen konnte. Angeklagter hat nun angeblich die Sache beenden wollen und sich deshalb auf die Abwehr seines Gegners, der sich der Waffe bemächtigen wollte, beschränkt, so daß er schließlich in eine Ecke zwischen Wand und Ofen gedrängt worden sei. Der Kampf habe sich lediglich um den Besitz der Waffe gedreht, besonders war das Bemühen H.s darauf gerichtet, den Säbel zu zerbrechen. Eine Weile hat dann der Kampf gestanden, bis auf die Hilferufe des Ueberfallenen dessen Familienangehörige und vier Männer von der Straße erschienen. Einer von den letzteren habe ihn zum Hergeben des Säbels zu bewegen versucht, er hat dies auch versprochen, wenn er ihn wieder erhalte, doch sei es schließlich dabei geblieben, weil Häbler befürchtet habe, daß er ihn noch totschlagen würde. Trotzdem habe dieser ruhig weiter geschimpft und u. a. gesagt, er würde dafür sorgen, daß er (Angeklagter) nicht mehr lange in Zittau bleibe und das nächste Mal bekomme er zwei Ohrfeigen. Inzwischen seien nun zwei Schutzleute, von H.s Angehörigen herbeigerufen, auf der Bildfläche erschienen und einer von ihnen habe zu seiner Festnahme schreiten wollen. Dagegen habe er mit dem Hinweise protestiert, daß die Beamten nicht berechtigt seien, einen Offizier zu verhaften, worauf ihm dieser nur den Säbel abverlangt habe. Nach Aufnahme des Thatbestandes sei ihm bedeutet worden, sich sofort beim Regimentskommandeur zu melden, der schon von dem Vorgefallenen Kenntnis habe. Beim Verlassen des Schauplatzes hat er dann noch zu Häbler, der immer weiter schimpfte, gesagt: „Ihre Hand haben Sie ja weg, ein Glück, daß der Säbel nicht scharf war." Auf weiteres Befragen erklärt Angeklagter noch, daß die Ohrfeige ziemlich derb gewesen und daß ihn Häbler unbedingt gekannt haben müsse, da er zu einem militärischen Gast geäußert habe: „Das will ein Leutnant sein!" Leutnant Steffens hat ihm auch noch Ratschläge erteilt, wie er sich bei Betreten der Häblerschen Wohnung zu benehmen habe usw.

Nunmehr beginnt die Zeugenvernehmung. Redakteur Steinsdorff (Zittauer Morgen-Zeitung) ist zur selben Zeit im Café Vinck gewesen und hat dem Auftritt um so größere Aufmerksamkeit geschenkt, als er ganz allein an einem Tische saß. Er bestätigt im allgemeinen die Darstellung des Angeklagten, hat auch noch die Aeußerung Häblers zu der Kellnerin gehört: „Gehören Sie vielleicht auch zur Gesellschaft?" Nach seiner Ansicht hat sich H. in einem leicht erregbaren und angeheiterten Zustande befunden, und nach dem Zusammentreffen mit dem Offizier sich seiner That mit den Worten gerühmt: „Da kommt's vielleicht noch zum Duell; na, ich schieße ihm das linke Auge aus dem Kopfe, wenn er es haben will!" Sein Verhalten sei provozierend gewesen, wie ihn denn auch die Schuld an dem ganzen Vorkommnis allein treffe. Empört über die Haltung Häblers habe Zeuge dann auch den Brief an den Leutnant gerichtet. Leutnant Stübel bezeugt, daß er an den Ehrenrat die Meldung erstattet, und den Angeklagten noch gewarnt habe, Unüberlegtes zu thun, da die Sache nun zu spät sei. Dagegen will Leutnant Steffens die Aeußerung von den Pistolen nur in ironischem Tone gemacht haben, weil Angeklagter schon Tags zuvor bei ihm gewesen, ohne über den Vorfall im Café etwas zu erwähnen.

Das Zeugnis des Agenten Häbler geht dahin, daß er die Kellnerin gekannt und deshalb angesprochen habe. Diese habe ihn zuvor noch ersucht, sie mit in seine Wohnung zu nehmen, da sie die beiden Herren „versetzen" wolle. Er habe aber abgelehnt. Des weiteren bestreitet er, dem Leutnant gegenüber herausfordernd aufgetreten zu sein. Auf Vorhalt des Verhandlungsführenden giebt Zeuge zu, daß er bereits am nämlichen Tage einige Stunden zuvor in einem Restaurant mit einem anderen Bürger ein Renkontre hatte. Häbler ist von seiner Ehefrau geschieden. Als Grund hierfür giebt er an, daß er einmal zu seinem Dienstmädchen gesagt habe, es solle des Nachts seine Kammerthür auflassen. Dies habe das Mädchen seiner Frau wieder gesagt, und letztere hat darauf den Antrag auf Ehescheidung gestellt. Die ihm vom Leutnant beigebrachten Verletzungen — er will etwa sechs Schläge mit dem Säbel erhalten haben —, seien nur untergeordneter Natur gewesen, Beulen, Hautabschürfungen, Schwielen und dergleichen.

Stabsschreiber und Leiter der Zittauer Sittenpolizei Dr. Kulz soll über den Leumund des Agenten Häbler aussagen. Nach den angestellten Ermittelungen hat sich das Gerücht von einem zweiten Renkontre am selben Tage bestätigt, wobei H. sich derart provozierend benommen haben soll, daß es den Mannspersonen vorgekommen ist, als ginge er direkt auf Thätlichkeiten aus. Auch habe dieser nach der Szene im Café Reichspost in der großsprecherischen und verletzendsten Weise zu dritten Personen von einem „Lump, der noch mehr bekommen könne" gesprochen. Nach all dem Gehörten besitze H. ein zu provokatorischem Auftreten neigendes Naturell. Stabsarzt Hein erklärt in seinem Gutachten, daß die Hiebe des Leutnants mit dem Säbel nicht lebensgefährlich waren. — Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen; Leutnant Steffens bleibt wegen Verdachts der Anstiftung zu den Vergehen des Angeklagten, obgleich das Verfahren gegen ihn eingestellt worden ist, unbeeidet.

Der Vertreter der Anklage hält in seinem Plaidoyer seinen Antrag auf Bestrafung des Angeklagten aufrecht, mit Ausnahme des Punktes, der in der Handlungsweise des Offiziers für den Bedrohten eine Lebensgefahr erblickt. Wenn man auch zugeben müsse, daß bei dem Angeklagten das verletzte Ehrgefühl mitgesprochen habe, so sicher andrerseits doch auch eine gewisse Eitelkeit desselben, was bei der Strafabmessung mit in Betracht gezogen werden müsse. Außerdem falle zu Ungunsten des Angeklagten die in seinem Vorgehen liegende grobe Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in die Wagschale, die um so bedauerlicher sei, weil sie von einem Manne mit hoher Bildung und einem Offizier ausgehe. Als besonderer Glücksumstand sei es zu bezeichnen, daß keine ernsteren Verletzungen entstanden. Er beantragt schließlich, bei der Körperverletzung nicht auf mildernde Umstände zu erkennen, im übrigen aber auf eine Gesamtstrafe von 5 Monaten Gefängnis zu erkennen.

Rechtsanwalt Dr. Baum, der Verteidiger des Angeklagten, sucht zunächst nachzuweisen, daß sein Klient sich auf Grund des nächtlichen Vorkommnisses zum Betreten der Häblerschen Wohnung berechtigt halten konnte, um noch einmal mit dem Inhaber derselben zu verhandeln. Nach seiner Ansicht könne Angeklagter nur wegen gefährlicher Körperverletzung (§ 223a) bestraft werden, alle übrigen Momente kämen dagegen in Wegfall. Die That erscheine um so erklärlicher, wenn man bedenke, daß das Verhalten des Häbler nur der Ausfluß eines giftigen Hasses gegen alles das war, was Offizier sei, und daß Häbler von dem Begriffe einer Offiziersehre kein Verständnis habe. Er bitte, dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen und auf Festungshaft von kürzerer Dauer zu erkennen, sowie um Anrechnung der Untersuchungshaft, da derselbe schon genug bestraft sei, da ihm jedenfalls seine Existenz und sein Beruf genommen werde, und nicht er, sondern Häbler die Ursache zu dem Auftritt gewesen sei.

Die Beratung des Urteils währte über eine Stunde und wurde nach 2 Uhr gefällt. Es lautete wegen schweren Hausfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung in einheitlichem Zusammenhange mit rechtswidrigem Waffengebrauch unter Zubilligung mildernder Umstände auf drei Monate Gefängnis. Befragt, ob er sich dem Urteil unterwerfen wolle, bat sich Angeklagter Bedenkzeit aus.

Der Gerichtshof war wie folgt zusammengesetzt: Vorsitzender Oberst Ehrenberg, juristischer Verhandlungsleiter Kriegsgerichtsrat Dr. Genge, und den Beisitzern Major v. Erdmannsdorf, Hauptmann v. Kreich und Oberleutnant v. Hinüber. Der Zuhörerraum war von Offizieren dicht besetzt. Z.

Neues aus aller Welt.

Weißenfels, 13. Februar. Im Warenhause von Blumenreich wurde heute morgen der Geschäftsführer durch Beilhiebe schwer verletzt aufgefunden. Als mutmaßliche Thäter wurden zwei Arbeiter verhaftet.

Eisenbahnunfälle. Mittwoch abend entgleiste ein von Teplitz nach Aussig verkehrender Personenzug der Aussig—Teplitzer Bahn bei der Einfahrt in die Station Karbitz. Der Lokomotivführer wurde getötet, der Heizer schwer und einige Passagiere leicht verletzt.

Ein Mittwoch früh von Augsburg gekommener Güterzug fuhr in München-Laim auf einen vorher eingetroffenen und nicht bei Seite gestellten Güterzug auf. Die Lokomotive und zehn Wagen entgleisten und drei Wagen wurden völlig zertrümmert. Der Lokomotivführer Friedrich wurde so schwer verletzt, daß er am Donnerstag starb.

Gefährliches Spiel. In Kiefersfelden (Bayern) wurden beim Maskenzuge, der die Gefangennahme des bayrischen Hiasl vergegenwärtigen sollte, durch scharfe Schüsse zwei Personen sehr schwer, sechs leichter verletzt.

„Rosenmontag". Im Offizierskasino zu Paderborn hat sich in der Dienstags-Nacht nach Schluß des Fastnachtsballes der Leutnant v. Bergen erschossen.

Ein „wilder Mann". Der verhaftete frühere Bankier Eduard Mertens in Potsdam versucht jetzt im Untersuchungsgefängnis den „wilden Mann" zu spielen. Mertens weigert sich, von seinem Bettlager in seiner Zelle aufzustehen und thut dies nur in den seltensten Fällen. Infolge seiner Manipulationen ist er ärztlich beobachtet worden. Doch besteht kein Zweifel, daß er jetzt ebenso Simulant ist wie früher, wo er bei anderen gegen ihn schwebenden Strafprozessen ähnliche Scenen im Gefängnis aufgeführt hat. Der Termin zur Verhandlung gegen Mertens ist deshalb bereits vor dem Schwurgericht für Dienstag den 25. Februar angesetzt. Ein Berliner Rechtsanwalt wird die Verteidigung des Angeklagten übernehmen. Bei einer in der Mertensschen Wohnung vorgenommenen Haussuchung wurde ein ganzer Sack mit Briefschaften und Kupons usw. beschlagnahmt.

Erdbeben in Rußland. Wie aus Elisabethpol gemeldet wird, wurde heute ein Erdbeben verspürt, das mehrere Sekunden andauerte. Einige Häuser erhielten Risse. Ein zweiter Stoß erfolgte kurz darauf und dauerte drei Sekunden. Das Erdbeben ging in der Richtung von Norden nach Süden. — Aus Baku wird gemeldet, daß ein Erdbeben die Kreisstadt Schemacha gänzlich zerstört hat. Einzelheiten fehlen noch. Auch in Tiflis wurde das Erdbeben verspürt.

Aussig, 13. Februar. Bei der Station Karbitz ist heute nacht infolge Achsenbruches der Lokomotive ein Personenzug entgleist. Der Lokomotivführer wurde getötet, der Heizer und zwei Schaffner schwer verletzt.

Wetterbericht nach der Wettersäule auf der Carolabrücke
vom 14. Februar, vormittags 10½ Uhr.

Barometer: 746. Veränderlich.
Thermometer: + 4° R.
Thermometrograph n. Reaumur: Min. — 8°, Maxim. + 3°.
Hygrometer: 71°.
Wasserstand der Elbe: 46 cm — O.

Achtung! Partei- und Gewerkschaftsgenossen.

Die unterzeichneten Wirte empfehlen hierdurch angelegentlichst den Besuch ihrer Lokale. Sämtliche Partei- und Gewerkschaftsblätter, sowie alle auf das Partei- und Gewerkschaftsleben bezüglichen Plakate hängen aus.

In Bezug auf Küche und Keller werden wir nach wie vor bemüht sein, nur das Beste zu bieten.

W. Rothe, Zur Börse, Leipziger Straße 93
Moritz Lange, Zur Gleichheit, Hechtstraße 21
Max Mickel, Schönbrunnstraße 1
Bruno Keller, Windmühlenstraße 23
August Leipert, Gasthof Pieschen, Torgauer Str. 38
Raimund Julitz, Wickten, Baubörse, Pestalozzistr. 1
Hermann Engel, Böhmischestraße 41.
E. Hackemesser, Rest. Bürgergarten, Kötzschenbroda
Emil Leischke, Loschwitz, Grundstraße.

Ernst Adam, Zum Senefelder, Kaulbachstraße 16
Gustav Hausmann, Drehgasse 8

Oswald Stölzer, Schäferstraße 44
Gustav Joseph, Joseph-Schänke, Wettinerstraße 6
Hugo Reuther, Zu den 3 Lilien, Fischhofplatz 12
Paul Rätzsch, Camelienstraße 8
August Walther, Sells Gasthaus, kl. Brüdergasse 17
Richard Brix, Trianon, Schützenplatz
August Hess, Gambrinus, Löbtauer Straße 52
Ernst Valten, Gasthaus, Freiberger Platz 11
Eugen Schurig, Stiftsstraße 14
Frau **Welde,** An der Ziegelscheune
Max Scheinpflug, Gerbergasse 5
Franz Peter, Rest. Vorwärts, Feldschlößchenstr. 18
Ludwig, Restaurant, Schnorrstraße 62

Beckers Restaurant zum Waldpark, Blasewitzerstraße
Curt Lorenz, Gewerkschaftshaus, Albrechtstr. 41

Otto Braun, Schillingshof, Löbtau, Reisewitzerstr. 26
Herm. Kämpfe, Löbtau, Wernerstraße 36
Otto Birnstengel, Zur Sonne, Schandauer Str. 19
Frau **Helbig,** Deutsche Eiche, Striesen, Hattenstraße
Hugo Nake, Zur Schanze, Cotta, Schanzenstraße
Rich. Anders, Stadt Dresden, Cotta, Brauerstr. 12
Max Gottlöber, Zur Linde, Nantzlitz
Louis Hofmann, Niedergorbitz, Bergstraße
Otto Geissler, Rest. Germania, Plauen, Wasserstr. 9
Georg Wendelt, Rest. „Silberblick", Cotta.

Die

Eröffnung

meines

Putz-, Posamenten-, Weiss- und Wollwaren-Geschäfts

findet

morgen, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr

statt

Berthold Wronkow, Hauptstr. 4.

Krankenunterstützungs- u. Sterbekasse für Riemer u. Sattler zu Dresden.
(Eingeschriebene Hilfskasse.)

Sonnabend den 22. Februar, abends halb 9 Uhr

Ordentl. Generalversammlung

im Restaurant Stadt Zittau bei Baermann (Nr. 6).

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. — 2. Richtigsprechung der Jahresrechnung pro 1901. — 3. Wahl des 2. Vorsitzenden, 2. Kassierers, 2. Schriftführers und von drei Ausschußmitgliedern. — 4. Beschlußfassung betr. Abänderung der Paragraphen für Familienversicherung. — 5. Beschlußfassung über etwa eingegangene Anträge. — 6. Kassenangelegenheiten.

Die letzte Monatsquittung ist vorzuzeigen.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Tischler.

Die Wahl des Gesellen-Ausschusses zur Tischler-Innung erfolgt **Sonnabend den 15. Februar, abends 8 Uhr,** bei **Meinholds,** Moritzstraße 10.

An der Wahl können sich nur beteiligen: Gesellen, welche bei Innungsmitgliedern in Arbeit stehen. Dieselben wollen sich dieselben von ihren Arbeitgebern das Ortskrankenkassenbuch abstempeln oder eine vom Arbeitgeber mit Datum versehene abgestempelte Geschäftskarte aushändigen lassen, welche als Ausweis beim Eintritt in das Wahllokal vorzuzeigen ist. Ohne Ausweis kein Zutritt. Gemäß die Bekanntmachung.

Die Kollegen werden dringend ersucht, sich zahlreich und pünktlich einzufinden. J. A.: Ernst Hanske.

Volksbildungsverein Pl. Grund

Sonnabend den 15. Februar, abends 8 Uhr
im **Deutschen Haus** in Potschappel

Tänzchen.

Der Vorstand.

Circus Schumann

Dresden-Löbtau.

Beginn 8 Uhr. **Beginn 8 Uhr.**

Täglich immenser Success

der Ausstattungspantomime

„Auf Helgoland"

Circus unter Wasser.

Sensation! Sensation!

George Bonhair-Troupe

und das brillante Sportforgenum.

Achtung Gewerkschaften!

Soeben erschien:

Jahres- und Kassen-Bericht

des

Gewerkschaftskartells

für Dresden und Umgegend

auf das

Jahr 1901

nebst dem

Ergebnis der allgemeinen Arbeitslosenzählung

von Dresden und den Vororten

am 19. Januar 1902

und einem Anhange

Adressen-Verzeichnis sämtlicher in Dresden und den Vororten bestehender Zahlstellen deutscher Gewerkschaften und ihrer Vorstandsmitglieder.

Preis für Mitglieder der Gewerkschaften: 20 Pf.

70 Seiten 8°.

Die Kartellvertreter werden ersucht, diese Broschüre zum Vertrieb in ihren Gewerkschaften bei E. Hanske, Gewerkschaftshaus, Albrechtstraße 41, I. baldigst zu entnehmen.

Consum-Verein Kötzschenbroda u. U.

(E. G. m. b. H.)

Bei der am 13. Januar d. J. stattgefundenen Auslosung der Hausbau-Anteile sind folgende Nummern ausgelost worden:

Von Ausgabe 1898.

Serie A	21	35	37	42	46	69	73	74	77	86
„ B	7	11	12	37	39	46	56	61	69	72
„ C	9	18	20	27	45	58	60	71	89	96
„ D	1	13	14	35	49	51	64	71	90	99
„ E	5	13	16	17	20	44	50	80	87	97

Von Ausgabe 1900.

Serie A	4	7	10	24	50	
„ B	10	37	44	46	93	
„ C	3	8	10	51	60	
„ D	3	28	30	48	51	
„ E	21	53	54	57	58	
„ F	17	41	75	76	77	
„ G	6	59	64	91	92	
„ H	1	40	42	77	78	
„ I	11	12	22	52	98	
„ K	1	54	55	93	95	

Vorstehende Nummern werden vom 1. März d. J. in unserem Geschäft, Kötzschenbroda, Harmoniestraße, eingelöst.

Der Vorstand.

Männer-

Hemden in Barchent	1.00—2.50
do. „ Normal	0.80—4.00
do. „ weiß	1.10—2.50
Unterhosen	0.80—4.00
Unterjacken	0.90—2.50
Aermelwesten	1.50—9.50
Socken	0.25—1.20
do. handgestrickt	1.50

Ernst Klaar
Liliengasse 25, Eing. Johannesstr.

Neustadt's Herren-Anzüge

bester Ersatz f. Maassarbeit und bedeutend billiger!

L. Neustadt
Wettinerstr. 31
Bischofsplatz 6.

Butter
Fett
Margarine
Eier

kauft man am billigsten bei

Butter-Adam

2 Oppellstr. 2
Neustädter Butter-Haus.

Achtung! Fleisch-Preise.

Kalbfleisch	Pfd. 50—60 Pf.
Hammelfleisch	„ 50—65 „
Rindfleisch	„ 50—70 „

Cischaner Straße 34
Markthalle Antonsplatz,
Stand Nr. 33—35
Emil Nacke.

Bezirks-Verband d. Kranken-Kassen für Dresden.

Sonntag, früh 10 Uhr: **Besichtigung des neuen Krankenhauses in der Johannstadt.** Sammelpunkt am Hauptbahnhof.

Fr. Köhn. Vors.

Telephon 4682.

Patente

erwirkt u. verwertet

Jng. Hülsmann

Dresden-A., Maximilianallee 1.

Consum-Verein „Vorwärts".

Als ganz besonders **preiswert** empfehlen wir

Gebrannten Kaffee

Pfund 92 Pf.

Rat, Gesuche, Klagen, Eingaben, a. schriftl. Arbeiten 2c. billigst **L. Zimmermann,** Torgauer Str. 31.

Ital. Legehühner!

1901er Märzbrut, garant. lebend Ankunft, fleiß. Eierleger, beleb. Zerte, 14 Stück mit Hahn M. 27 franko **L. Goldberg, Cormons 15,** Italien.

Herrschaftl. getrag. Herrenkleider verkauft **Gebler,** Drehgasse 8, 3 Et.

Eleg. **Kinderwagen** wegen Umzug spottb. z. verkaufen. Liliengasse 1, II.

Bettstelle mit guter **Federmatratze** und Kissen für 10 M zu verk. Ziegelstraße 28, 2. Et. r.

Eine freundl. **Schlafstelle** an einen Herrn (mit Mittagstisch) ist zu verm. An der Ziegelscheune 12, II. r.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden.
Für das Feuilleton: Dr. Gustav Morgenstern, Dresden.
Druck und Verlag: Naden & Romp., Dresden.

Hierzu 1 Beilage.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020214/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 37. | Dresden, Freitag den 14. Februar 1902. | 13. Jahrgang.

Reichstag.

142. Sitzung. Donnerstag den 13. Februar 1902. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Thielmann.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen wird die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats beim

Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung

fortgesetzt. Die Beratung beginnt mit den fortdauernden Ausgaben (Titel Staatssekretär).

Abg. **Singer** (Soz.): Als im Jahre 1899 die Aenderung des Postgesetzes vorgenommen wurde, hat der Reichstag eine Reihe von Resolutionen angenommen, die Erleichterungen im Postverkehr forderten. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, daß die Taxe für Drucksachen auch auf Geschäftspapiere von Wohlthätigkeitsvereinen und ähnliche Einrichtungen Anwendung finden solle. Auf eine Anfrage von mir erklärte am 18. November 1899 der frühere Staatssekretär Herr von Podbielski, daß auch Krankenkassenbücher als solche Geschäftspapiere angesehen werden würden. Mir liegt nun aber ein Schreiben der Oberpostdirektion Breslau vom Mai 1900 vor, worin diese sich weigert, solche Krankenkassenbücher als Geschäftspapiere zu befördern. Ferner ist mir mitgeteilt, daß die Bücher einer großen Ortskrankenkasse in Berlin bis zum März vorigen Jahres anstandslos als Drucksache befördert wurden. Als aber die Ortskrankenkasse ihr Lokal verlegte, wurde von seiten des Postamts 41 die Annahme der Krankenkassenbücher als Drucksache verweigert und einem Ersuchen an die Oberpostdirektion, die Art der bisherigen Versendung weiter zu gestatten, wurde nicht entsprochen. Außer diesen beiden Schreiben liegt mir noch eine ganze Serie anderer Fälle vor, die beweisen, daß fast allgemein die Gepflogenheit besteht, diese Geschäftspapiere nicht als Drucksache zu befördern. Nach der bestimmten Erklärung des damaligen Herrn Staatssekretärs macht es doch einen außerordentlich peinlichen Eindruck, wenn die Verwaltungen selbst die Worte ihres Chefs so wenig respektieren. Für große Krankenkassen bedeutet dieses Vorgehen der Post 1000 M. jährlich Mehrkosten. Gegenüber solchen sozialen Bestrebungen müßten die Postverwaltungen nur wirklich nicht nur auf ihre fiskalische Plusmacherei bedacht sein. Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, seinerseits das Wort seines Vorgängers einzulösen und eine dahingehende allgemeine Verfügung zu erlassen. Andererseits müßten wir auf eine Aenderung des Postgesetzes hinwirken. Die ausdrückliche Festlegung dieser Bestimmung wurde damals nur angenommen im Vertrauen auf jene Erklärung des Herrn von Podbielski.

Ich habe noch eine andere Beschwerde vorzubringen. Die Oberpostdirektion in Hannover hat am 6. November 1901 eine Verfügung erlassen, die besonders in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit recht wenig angebracht erscheint. Es wird da auf die schlechte Finanzlage hingewiesen und am Schlusse heißt es: „Es wird von allen Anträgen abgesehen werden müssen, welche auf eine Vermehrung des Beamten- und Unterbeamten-Personals abzielen." (Hört, hört! bei den Soz.) Hier zeigt sich also die Postverwaltung geradezu bestrebt, die Arbeitslosigkeit noch zu vermehren. Wir sind hier seit Jahren bestrebt, die Arbeitszeit und Sonntagsarbeit der Unterbeamten einzuschränken und mit diesem Bestreben steht doch eine solche Verfügung im Widerspruch. Sie kann doch nur dahin führen, daß das Personal auf das äußerste angestrengt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es macht fast den Eindruck als ob auf dem Gebiete der Postverwaltung eine Art Anarchie herrscht, nämlich, daß jede Oberpostdirektion macht, was sie will. Der Herr Staatssekretär sollte allgemein anordnen, daß ihm solche Erlasse der Oberpostdirektionen vorher zur Kenntnis mitgeteilt werden.

Weiter haben wir in früheren Jahren wiederholt über die Ueberwachung des Beamtenpersonals im Dienste und außerhalb des Dienstes Klage geführt und stets die Ansicht vertreten, daß die Postverwaltung, wenn ein Beamter seinen Dienst treu und gewissenhaft erfüllt, ihn in seinen staatsbürgerlichen und sonstigen Rechten in keiner Weise beschränken darf. Mir liegt aber eine Verfügung der kaiserl. Oberpostdirektion in Köln vor, die ein merkwürdiges Ueberwachungssystem kranker Beamten einführt. Danach wird den nachgeordneten Stellen aufgegeben, diejenigen Beamten und Unterbeamten die auf Grund einer ärztlichen Anordnung vom Dienst frei bleiben müssen, zu fragen, ob sie nicht trotz dieser ärztlichen Anordnung sich zum Dienste melden wollen. (Hört, hört! bei den Soz.) Eine solche Verfügung ist nicht nur vom sanitären, sondern auch vom rein finanziellen Standpunkt aus zu verwerfen. Denn diese Beamten, die krank in den Dienst kommen, werden bald rückfällig und verursachen dann noch mehr Kosten als vorher. (Sehr richtig! bei den Soz.) In den letzten Jahren haben sich die Fälle von Unterschlagungen von Postunterbeamten vermehrt. Als Ursache wurden in der Regel zerrüttete Vermögensverhältnisse von den Gerichten angenommen. Die zerrütteten Vermögensverhältnisse kommen von der außerordentlich schlechten Besoldung der Beamten her. Nun ist eine Verfügung an die Vorsteher der Postämter ergangen, welche besagt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Postunterbeamten genau zu prüfen sind. Es sollen von ihnen Berichte über ihre Schulden eingefordert werden und wer seine Schulden nicht wahrheitsgemäß angiebt, wird mit Entlassung bedroht. Solche Verfügungen bedeuten nichts weiter, als ein unberechtigtes Spionagesystem. Ich meine, die Frage nach den Schulden wäre in den höheren Regionen angebrachter, als gerade bei den Unterbeamten. Wenn die Verwaltung auf legalem Wege von den Schulden eines Beamten erfährt, so kann ich es begreifen, daß ein Avancement versagt wird, aber dieses hier beliebte Spionagesystem halte ich nicht für würdig einer großen Staatsverwaltung. Die Beamten haben das Recht, daß man sie in ihren Privatverhältnissen so lange in Ruhe läßt, bis sie nicht einen greifbaren Anlaß zum Einschreiten geben. Die Zufriedenheit wird durch solche Verfügungen nicht erhöht. Wenn sich die Beamten außer der schlechten Bezahlung noch solche unwürdige Behandlung gefallen lassen müssen, so betrachten sie den Dienst in der Postverwaltung nicht mehr als Ehre und Freude.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleich noch meine Bedenken gegen die Einrichtung der sogenannten gehobenen Stellen vorbringen. Die Zulagen für diese Stellen geben jetzt im Belieben des Postamtsvorstehers, und nicht der Befähigung oder Qualifikation wird mit diesen Zulagen bedacht, nur dem Strebertum wird Vorschub geleistet. Das beweisen die Klagen, die uns aus zahllosen Orten in den verschiedensten Gegenden herüber [illegible]. Der Herr Staatssekretär würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er die Zulagen nach der Anciennetät und Tüchtigkeit einführte und sie aus dem Bereich der persönlichen Machtvollkommenheit der Amtsvorsteher nähme und einer höheren, mehr unparteiischen Stelle überließe. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch eine Aufbesserung der Gehälter wird sich unabweisbar geltend machen, denn bei der bevorstehenden Verteuerung der Lebensmittel werden die Beamten mit den jetzigen Gehältern nicht auskommen können. Wird, was ich nicht hoffen will, der neue Zolltarif Gesetz, so werden von überall Eingaben auf Gehaltserhöhung kommen. Der Staatssekretär würde gut thun, uns recht bald eine Vorlage nach dieser Richtung zu machen. Auch unter den schlechten Wohnungsverhältnissen leiden die Postunterbeamten sehr. Eine uns zugegangene Aufstellung über das Budget eines Postunterbeamten in Charlottenburg zeigt, wie überaus kärglich diese Leute leben müssen. Zur Wirtschaftsausgaben sind nur 64,50 M. eingesetzt, für Miete nur 260 M., für Kleidung nur 120 M. usw. Eine Angelegenheit, die den Reichstag seit Jahren beschäftigt hat, ist nun durch die Entscheidung des Reichsgerichts erledigt worden, die Frage nämlich, welches Einkommen den Militäranwärtern zu zahlen ist. Jahrelang sind die Prozesse gegangen. Im vorigen Jahre blieben die Reichstag [illegible] die Frage noch immer nicht für erledigt, weil ein sehr feiner Unterschied gemacht wurde, ob die Militäranwärter, die in eine Stellung berufen werden, aber noch nicht endgültig angestellt sind, als Beamte zu gelten haben, die lediglich beschäftigt werden oder definitiv angestellt. Das Reichsgericht hat nun zu Gunsten der auf Nachzahlung klagenden Militäranwärter entschieden und der Herr Staatssekretär hat sich bei seinen Beamten zweifellos gut eingeführt, als die erste Amtshandlung, die er traf, Zeitungsnachrichten zufolge die Anweisung war, jene Nachzahlungen zu bewerkstelligen. Nun kommt mir zur Kenntnis, daß 131 Hamburger Postassistenten den Postfiskus verklagt und auf Grund jenes Reichsgerichtsurteil ihr Geld auch erhalten haben. Assistenten aber, die sich bereit erklärt hatten, ihre Klage zurückzuziehen, haben nichts bekommen. Von einer rechtlichen Verpflichtung der Postverwaltung an diese neun nachzuzahlen, kann nicht die Rede sein, aber ich hoffe, nicht vergebens an den guten Willen des Herrn Staatssekretärs zu appellieren, wenn ich ihn bitte, dem auch jenen neun die Nachzahlung zu gewähren, wenn es richtig ist, daß sie nur aus Furcht vor den Kosten oder auf Grund einer Einwirkung ihre Klage zurückgezogen haben. Hier liegt zwar keine rechtliche, aber doch eine moralische Pflicht für die Verwaltung vor.

Zum Schluß habe ich mich mit dem **Petitionsrecht der Beamten** zu befassen. Die elsaß-lothringische Eisenbahnverwaltung war in Streit mit dem Reichstag gekommen, daß sie ihren Beamten das Petitionsrecht dadurch erschwerte, daß sie Abschriften von den Petitionslisten nahm und gegen die Petenten dann auf dem Dienstwege vorging. Diese Affaire ist von allen Seiten gemißbilligt worden, ja man ging soweit, der Reichseisenbahnverwaltung sein dem die Kenntnis der Unterschriften unter den Petitionen grundsätzlich zu entziehen. Leider hat die Reichseisenbahnverwaltung Schule gemacht. Ich nehme zur Ehre des Herrn Staatssekretärs an, daß das vielleicht ohne sein Wissen geschehen ist, um so notwendiger ist es, die Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen. Auf Anregung der Leipziger Postunterbeamten hatten sich eine Anzahl Beamte in Leipzig zusammengethan, um gelegentlich der Einbringung des Servistarifs, mit dem sich der Reichstag noch zu beschäftigen haben wird, die Erhöhung der Servisklasse für Leipzig zu beantragen.

Die Beamten haben, glaube ich, auch noch den Kollegen Halle ersucht, ihre Resolution hier im Plenum zu unterstützen. Ein Exemplar dieser Petition liegt mir vor, das ich dem Herrn Staatssekretär gern zur Verfügung stellen will. Nicht ein Wort ist darin enthalten, das auf eine unbotmäßige Haltung deutet. Die Beamten fordern außerordentlich zahm unter Hinweis auf die ungünstigen Wohnungsverhältnisse Leipzigs die Erhöhung dieser Servisklasse. Der Herr Oberpostdirektor Röhrig veranlaßte, als er erfuhr, daß der Postdirektor nicht gestatten wollte, daß im Amtsraum Petitions-Unterschriften gesammelt wurden, die Herren vom Petitions-Ausschuß bei ihm zu erscheinen und erklärte ihnen: „Ich wünsche nicht, daß diese Petition abgesandt wird. Ich werde schon selbst meinen Einfluß zu Gunsten der Beamten ausüben. Diese Petition bedeutet einen Mangel an Vertrauen zu mir." In einer Versammlung der Petenten wurde dem indirekten Befehl des Oberpostdirektors nachgekommen. Aus Furcht vor Maßregelungen unterblieb die Absendung der Petition. Das Verhalten des Herrn Röhrig ist doch das stärkste, was man sich vorstellen kann. Es bedeutet die Unterdrückung des Petitionsrechtes der Beamten, die Aufhebung eines den Staatsbürgern, und die Beamten sind Staatsbürger, garantierten Rechtes. Die Vorgesetzten sollten sich das Vertrauen ihrer Beamten anders verdienen, als dadurch, daß sie sie etwas zu thun verhindern, was ihnen durchaus zusteht. Auch die Stellung des Reichstags wird durch dieses Vorgehen beeinflußt. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung, wie die Beamten es sind, verhindert wird, sein Petitionsrecht geltend zu machen, dann wird auch der Reichstag verhindert, von den Wünschen und Nöten weiterer Interessentenkreise zu erfahren und eine sachgemäße Entscheidung wird ihm unmöglich gemacht. Was würden denn die Herren Agrarier sagen, wenn dem Bunde der Landwirte verwehrt werden sollte, an den Reichstag zu gehen. Im preußischen Abgeordnetenhause ist die Regierung den Landräten gegenüber, die Kanalgegner waren, konstitutionell, ja überkonstitutionell verfahren und die unbotmäßigen Beamten sind befördert worden. (Heiterkeit.) Dieses Verfahren wäre vorteilhaft ab von dem hier beliebten.

Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär nach Feststellung des Falles eine Verfügung erlassen wird, die Herrn Röhrig auf das Unzulässige seines Tuns aufmerksam macht und daß er Anlaß nehmen wird, eine allgemeine Anweisung an die Postdirektoren zu erlassen, daß sie Postbeamte, die Staatsbeamte sind, nicht in ihrem Petitionsrecht zu verhindern haben. Wenn der Herr Staatssekretär zum Schutze seiner Beamten in dieser Weise eintritt, dann handelt er viel richtiger, als wenn er die Uebergriffe der vorgesetzten Beamten ruhig duldet. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **Kraetke**: Der Reichspostverwaltung ist von diesem Vorgehen der Direktion in Leipzig nichts bekannt, ihr liegt nichts daran, das Petitionsrecht der Beamten zu beschränken. — Es ist ein Irrtum, daß an die Militäranwärter nicht gezahlt worden ist, die nicht geklagt haben, wir haben an sämtliche Berechtigten gezahlt. — Was die Geschäftspapiere anlangt, so liegt ein Mißverständnis des Herrn Vorredners vor. Die Zusage des Herrn v. Podbielski bezog sich nur darauf, daß Krankenkassenbücher als Geschäftspapiere zugelassen werden sollten. Davon, daß Geschäftspapiere den Drucksachen gleichgestellt werden sollen, war nicht die Rede. Die Geschäftspapiere unterliegen dem Minimalporto für Warenproben und ich kann nicht in Aussicht stellen, daß darin eine Aenderung eintritt. Der Satz in der vorgelesenen Verfügung aus Hannover, daß von allen Anträgen auf Einstellung neuer Beamten abgesehen werden solle, wird von mir nicht gebilligt. Der betreffende Oberpostdirektor hat sich jedenfalls nur schlecht ausgedrückt. Auch die Verfügung in Köln muß ich als wenig geeignet bezeichnen. Sie entspringt aber jedenfalls einer ganz wohlmeinenden Absicht und der Erfahrung, daß thatsächlich kranke Beamte manchmal länger dem Dienste fern bleiben, als notwendig wäre.

Den Erlaß, der die Amtsvorsteher anweist, sich um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten zu kümmern, muß ich dagegen völlig billigen. Gerade der Umstand, daß Beamte, die in Schulden geraten, sich nicht offenbarieren, führt nach unserer Erfahrung nur dazu, daß sie immer mehr in Schulden versinken. Die Amtsvorsteher müssen doch auch in der Lage sein, zu beurteilen, wer eine Unterstützung aus dem Unterstützungsfonds nötig hat.

Die Klagen einzelner Beamten, daß andere im Avancement zu Unrecht vor ihnen bevorzugt seien, werden nie aufhören, solange es bessere und schlechter fundierte Stellen giebt. Ein Examen würde da auch nichts nützen, denn für die höheren Stellungen kommt es nicht so sehr auf das Wissen, als vielmehr auf die Entschlußfähigkeit und die Umsicht des Betreffenden an.

Präsident Graf **Ballestrem** verliest eine Resolution des Abg. **Gröber** (Zentr.), die den Reichskanzler ersucht, das Uebereinkommen zwischen der Reichspostverwaltung und der königl. württembergischen Postverwaltung, betreffend die Einheitsmarke, vorzulegen und mitzuteilen, welche Wirkung dieses Uebereinkommen auf die in die Reichskasse fließenden Einnahmen aus den Postgebühren hat.

Das Haus beschließt auf Antrag **Gröbers**, diese Resolution der Budgetkommission zur Vorberatung zu überweisen.

Abg. **Werner** (Antis.) wendet sich gegen die weitere Einstellung von Damen in den Postdienst. Notwendig ist eine Verwehrung der [illegible]

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Königliches Schauspielhaus. König Heinrich IV. Erster Teil. Historisches Drama in fünf Aufzügen von Shakespeare. Mit dem ersten Teil Heinrichs IV. hat der Shakespearecyklus zum erstenmal ein Stück, das trotz aller Mängel der Darstellung, trotzdem keine der Hauptrollen besonders anregend und überzeugend charakteristisch gespielt wurde, den vollen Eindruck der Lebenskräftigkeit machte. Es ist das Eigentümliche an dieser in den letzten Jahren des [illegible] Jahrhunderts entstandenen Historie, daß der historische Ballast der Königsdramen kaum gespürt wird, ja, daß der Zuschauer kaum auf den brüchigen dramatischen Aufbau acht giebt, und nur mit fröhlichem Behagen der Entwickelung und dem Gebaren dreier Musterfiguren folgt, [illegible] und guter Laune, sobald nur einer von ihnen auf der Bühne erscheint, ganz von ihrem urkräftigen Wesen überwältigt, so verschieden sie sind, so verschieden vor allem in moralischer Beziehung. Ob dieser Prinz Heinrich der Sohn Heinrichs IV. ist, der Richard II. verdrängte, das geht uns nur für einige Augenblicke etwas an, er ist uns ein Prinz mit einem Reichtum an Lebenskraft, der sich in wüste, tolle, ja gemeine Gesellschaft begiebt, die Gesellschaft von Saufern, Schwadroneuren, Wegelagerern, mit ihnen sich herumtreibt und doch immer einigen Abstand zu wahren weiß, seine Kraft bewahrt und einen gesunden Charakter, der ihn erhält und tüchtig macht, in der Stunde der Gefahr seinen Mann zu stellen und alles niedrige Wesen abzustreifen. Es ist uns, als ob Shakespeare selber sähen das Genie inmitten der Verhältnisse, in denen er als Schauspieler, als Gaukler zu leben hatte; eine Welt im Herzen und mit allerlei Gesindel am Wirtstisch sitzend. Die höchsten Gedanken im Kopf, die reichsten Gefühle im Herzen und im Verkehr mit allerlei Gesindel froh, heiter, lebenslustig, mitmachend und doch immer überlegen. Und im Gegensatz zu diesem Königssohn die Prachtgestalt des Heinrich Percy, genannt Heißsporn, des Sohnes des Grafen von Northumberland. Auch er lebenskräftig, aber im Grunde seines Wesens ein nüchterner Gesell, ganz auf die That gestellt, aufs Wirken, vor allem aufs Kämpfen. Er verliert sich nie scheinbar im tollen Hin- und Hertreiben wie der Prinz, er hat immer die Hand am Schwert, er ist ganz Ritter, nie Lebemann. Auf seine Ehre bedacht, greift er unweigerlich an, sobald sie nur leise verletzt wird, aber er ist wahllos im Trotz, [illegible] sich unterzuordnen und nachzugeben. Ein Ritter, der vom Kampf nicht läßt. Gar nichts Weiches ist an ihm. Wenn in seiner Gegenwart geschwärmt wird, fährt er mit nüchternem Wort dazwischen. Nichts von Liebesgirren im Verhältnis zu seinem wackeren Weibchen, nichts von Schmachten, er ist auch im Lieben Herr. Wie meisterlich ist das von Shakespeare in den paar Szenen mit seiner Frau gezeigt, die nur Gegenstücke in Goethes Götz von Berlichingen haben und überzeugend durch das Spiel der Frau Salbach und des Herrn Decarli am frischesten und überzeugendsten herauskamen, so daß demgegenüber alles mehr oder weniger verblaßte. Und neben diesen beiden Gestalten des Prinzen und des Heißsporns, die beide starkes Ehrgefühl verschiedener Art beseelt, lebt und fortreißt, eine andere Gestalt, die von Ehre im landläufigen Sinn keine Spur in sich hat: Falstaff, das dicke Weinfaß, der heruntergekommene Ritter, der im Wirtshaus mit Lumpen und dem lustigen Königssohn verkehrt, der in dieses Milieu seinerseits herabsteigt. Ein Säufer, ein Betrüger, ein Wegelagerer, ein Feigling. Hat er Ehre? Er schwadroniert sich den Ehrbegriff vom Leibe. „Was ist Ehre? Ein Wort. Was steckt in dem Wort Ehre? Was ist diese Ehre? Luft. Wer hat sie? Er, der vergangene Mittwoch starb. Fühlt er sie? Nein. Hört er sie? Nein. Ist sie also nicht fühlbar? Für die Toten nicht. Aber lebt sie etwa nicht mit den Lebenden? Nein. Warum nicht? Die Verleumdung giebt es nicht zu. Ich mag sie also nicht. Ehre ist nichts als ein gemalter Schild beim Leichenzuge, und so endigt mein Katechismus." Also ein Schlingel, dieser Falstaff. Aber ein ausgemachter Schlingel. Er ist überhaupt von höchster Vollkommenheit in aller Lumperei. Er hat Einfälle eines verkommenen Menschen, aber er ist an Einfällen reich wie ein Krösus. Er ist nie verlegen. Wenn ihm im Gasthaus die Wirtin zusetzt, der er schuldig ist, wenn ihn die Kumpane der Feigheit überführen, wenn seine Betrügereien offenbar werden — immer weiß er sich herauszureden, ohne daß er sich Mühe giebt, zu überzeugen. Er thut eben so toll, daß die anderen ihm nicht gram werden können. Sein Ehrgefühl zeigt sich darin, daß er die anderen so überschwatzt, daß sie bei ihm gar nicht mehr nach Ehre fragen und ihn eben nehmen, wie er ist, und gern mit dem tollen, dicken Kerl weiter verkehren.

Diese drei Gestalten tragen das Stück, nicht Heinrich IV., der dem Stück den Titel gegeben hat. Dank ihrem reich gestalteten Leben, dank ihrer Lebenskräftigkeit denken wir kaum an den historischen Hintergrund, sehen sie nur in ihrer Eigenart sich von einander abheben und wechselseitig sich durch ihre Gegensätzlichkeit erklären. Leben sie geben auf der Bühne, so wie sie nach der Lektüre des Stücks in der Phantasie des Lesers leben? Die Leistungen der Herren Decarli, Franz und Neumann trauen wohl gestern alle drei nicht den Stempel des Ausgereiften. Namentlich Falstaff und der Prinz kamen nicht ganz zur Geltung. Herr Neumann ist wohl derb genug zum Falstaff, aber nicht reich und beweglich genug im ganzen Wesen; den genialen Lumpen blieb er uns schuldig. Und wenn Herr Franz im Wirtshaus ein lustiger Junge war, so war er, sobald er den Prinzen hervorkehrte, ein Kaufmannslehrling und wurde gegen Ende des Stücks unerträglich in seiner bekannten Heldenmanier. Warum durfte hier nicht Herr Wiecke in der Rolle versuchen? Am wenigsten kam noch Herr Decarli als Percy Heißsporn, wenn er sich auch zu übermäßig prasselndem Wesen zwang. Helden ohne Phantasie, [illegible], starke, trotzig zugreifende Naturen mit nüchternem Verstand, liegen ihm offenbar am besten. — Stand aber gestern bei weitem nicht alles auf der Höhe — zum erstenmal war es doch gestern im Shakespearecyklus der Fall, daß das Publikum dem ganzen Stück, nicht bloß einer einzelnen schauspielerischen Leistung, mit lebhaftem Interesse folgte. Hier brachte der Cyklus zum erstenmal ein Stück, das man sich bemühen sollte, dauernd auf dem Spielplan zu erhalten. em.

Im Königlichen Opernhause werden Dienstag den 18. Februar zum erstenmal Hoffmanns Erzählungen aufgeführt. Phantastische Oper in drei Akten, einem Prolog und einem Epilog von Jules Barbier. Musik von J. Offenbach.

Ein Zurückzieher. In den Dresdner Nachrichten ist heute zu lesen: „Von Ernst Arnold, königl. sächs. Hofkunsthandlung, Inhaber A. Gutbier und Sohn, erhalten wir folgende Zuschrift: Höflichst bezugnehmend auf das Abendblatt vom 12. d. M. und die darin der Oeffentlichkeit übergebene Böcklin-Frage erlauben wir, daß wir mit Eröffnung einer Subskription zwecks Ankaufs des Böcklinschen Bildes Sommertag lediglich den vielfach geäußerten Wünschen zahlreicher hiesiger Künstler, sowie vieler Kunstfreunde und Besucher unseres Salons nachgekommen sind und daß uns jedwede Demonstration vollständig fern gelegen hat. Auch eine kritische Stellungnahme unsererseits ist von vornherein vermieden worden. — Wir wollen hierzu zu bemerken nicht unterlassen, daß die Subskription der Arnoldschen Kunsthandlung einen diskreten Charakter hat tragen sollen. Wäre das letztere von uns rechtzeitig wahrgenommen worden, so wäre eine öffentliche Behandlung der Angelegenheit unterblieben." Es dauert ja bei den Nouvellen de Dresde immer etwas lange, bis sie das Selbstverständliche kapieren; und nicht immer gestehen sie dann ein, daß sie eine Dummheit gemacht haben. Daß sie diesmal öffentlich Abbitte leisten, mag also gebührend anerkannt werden.

In dem Preisausschreiben des Rates, betreffend den bildnerischen Schmuck für die Carolabrücke, ist die Entscheidung gefallen. Eingegangen sind 30 Entwürfe. Preisträger sind 1. Architekt Ernst Kühn und Bildhauer Heinrich Wedemeyer, 2. Bildhauer Heinrich Wedemeyer, 3. Bildhauer Karl Roder; Architekt Johannes

Postassistentenstellen und eine bessere Besoldung herbeiführen. Vor allem muß der Wohnungsgeldzuschuß erhöht werden.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (freis. Volksp.): In der Kommission haben die Bauern durch den Mund des Prinzen Arenberg ihre Meinung dahin geltend gemacht, daß es den Postassistenten heute schon ganz gut geht.

Präsident Graf **Ballestrem** bittet im Interesse der Vertraulichkeit der Verhandlungen, diese hier unter Namensnennung der Kommissionsmitglieder nicht vorzubringen.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan konstatiert, daß über Kommissionsverhandlungen seit Jahren schon öffentlich berichtet wird.

Präsident Graf **Ballestrem** beharrt auf seiner vorigen Behauptung.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan: Ich werde mich natürlich fügen, bedaure aber, daß keine entsprechende Verfügung in der Geschäftsordnung enthalten ist. — Es ist ein großer Mißstand, daß noch keine direkte Postverbindung zwischen den Vororten Berlins besteht, sondern dieser Verkehr immer über Berlin geleitet wird. Auch wäre erwünscht, daß die Post solche Sendungen befördere, die nur an eine bestimmte Kategorie von Empfängern gerichtet sind, etwa „an alle Aerzte von Berlin". Auch sollte sich die Postverwaltung etwas mehr in den Dienst der Einheitszeit stellen. Aber auch über diese Einzelheiten hinaus sollte die Postverwaltung auf Fortschritt bedacht sein. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Hasse** (natl.): Es wäre wünschenswert, die erste Bestellung dadurch zu beschleunigen, daß man Drucksachen von ihr ausschließt. Ebenso sollten diese Sonntags nicht bestellt werden. Mit der angeregten Neurevision der Tarife müssen wir noch warten, vorläufig sollen wir noch die finanziellen Wirkungen der Postverbilligungen erproben. — Das Pensionsrecht der Beamten muß unbedingt anerkannt werden.

Weiter muß ich fragen, ob die Behauptung des englischen Staatssekretärs des Aeußern zutrifft, daß sich die deutsche Regierung nicht beschwert habe, daß Briefe, die von Deutschland nach Deutsch-Südwestafrika gehen, in Kapstadt geöffnet werden. Auch sollen durch englische Spionage Briefe aus Holland, die über Hamburg nach Südafrika gehen, nicht befördert werden. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Reichspostverwaltung auf diese Dinge lenken.

Staatssekretär **Kraetke**: Als im Jahre 1900 deutsche Briefe geöffnet wurden, bedauerte die englische Regierung diesen Fall. Jetzt werden zur Weiterbeförderung nach den Kolonien geschlossene Beutel verwendet, diese sind nicht von der englischen Verwaltung geöffnet worden. — In großen Städten konnten Drucksachen von der Bestellung ausgenommen werden. Inhaber von verschließbaren Briefkasten (Letterboxes) können Sonntags bis Mittag Sendungen in Empfang nehmen. Den Wünschen auf Behandlung von Massendrucksachen kann die Postverwaltung nicht entsprechen.

Abg. Dr. **Arendt** (Reichsp.): Mir sind Fälle bekannt, wo Briefe aus deutschen Kolonien, die nach neutralen Ländern gingen, von England geöffnet wurden, dagegen müssen wir energisch protestieren. Auch wir wünschen, daß die Kommissionsverhandlungen vertraulich behandelt werden und daß man dies auch auf die Zeitungen ausdehne.

Abg. **Albrecht** (Soz.): In der Behandlung der Geschäftspapiere liegt keine einheitliche Behandlung seitens der einzelnen Postämter vor. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, der Ueberlastung der Briefträger im Postamt II in Halle Abhilfe zu schaffen. Die Stadt Harzgerode ist durch die Neueinteilung der Postbezirke sehr geschädigt. Auch braucht sie dringend ein Postamt 2. Klasse.

Abg. **Eickhoff** (freis. Volksp.): Bei Gelegenheit des Tirpitz-Erlasses haben Herr Müller-Fulda und Herr Richter ausführlich über Kommissionsverhandlungen berichtet. Dem Wunsche der Postbeamten, sich „Postreferendare" und „Postassessoren" zu nennen, sollte man doch nachkommen. Den Sekretären, die das Verwaltungsexamen nicht bestanden haben, sollte man doch eine bessere Stellung einräumen. Die Abänderung der Dienstaltersstufen für Assistenten begrüße ich mit Freuden. Daß bei den „gehobenen Stellen" das Alter berücksichtigt wird, ist sehr zu wünschen. Auch die Wohnungsgeldzuschüsse sollten erhöht werden. Ich erwarte, daß der jetzige Staatssekretär die noch bestehenden Mißstände abstellt. (Bravo! links.)

Abg. **Gamp** (Reichsp.): Das platte Land wird namentlich Berlin gegenüber sehr belastet. Für gewisse Orte des platten Landes sind Wohnungsgeldzuschüsse dringend nötig. Wenn Herr Eickhoff so große postalische Kenntnisse hat, so bedauere ich nur, daß die Reichspostverwaltung auf seine Dienste an einer höheren Stelle hat verzichten müssen. (Oho! links.)

Abg. **Dasbach** (Zentr.) wünscht Wohnungsgeldzuschüsse besonders für die Berliner Postbeamten.

Abg. Dr. **Crüger** (freis. Volksp.): Mit der Aufbesserung der Postbeamtengehälter wollen wir nicht warten, bis die Finanzlage besser wird. — Die Briefbeförderung zwischen Charlottenburg und Berlin ist ganz unglaublich; ein Brief, den man abends nach Königsberg i. Pr. aufgiebt, kommt früher hin, als ein zur selben Zeit abgesandter nach Berlin. Redner wünscht, daß das Militärjahr auf die Besoldungsdienstjahre angerechnet werde und beklagt, daß Postassistenten bei der Zulassung zum Reserveoffizier als Stiefkinder behandelt werden.

Abg. **v. Treuenfels** (kons.) wünscht Aufbesserung der Wohnungsverhältnisse der Postbeamten auf dem Lande.

Staatssekretär **Kraetke** sagt diese zu. Er giebt zu, daß event. ein Brief früher von Charlottenburg nach Königsberg i. Pr. als nach Berlin kommen könne. Doch bestehen sehr viel Verbindungen nach Berlin.

Abg. **Blell** (freis. Volksp.) bringt postalische Mißstände aus Rathenow und Saarbrücken vor und verlangt Briefmarkenverkauf durch Händler.

Staatssekretär **Kraetke** sagt, daß dies nach § 9 des Posttarifgesetzes unmöglich ist. — Dem Abg. **Albrecht** erwidere ich, daß es bei den Millionen von Drucksachen wohl vorkommen kann, daß auch Krankenkassenbücher als Drucksachen durchgehen; allgemein erlaubt ist es nicht.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. **Müller**-Sagan und Prinz **Arenberg** vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Tagesordnung: Allgemeiner Pensionsfonds und Reichsmilitärgericht. Fortsetzung der Postetatsberatung.)

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

43. Sitzung. Donnerstag den 13. Februar, vorm. 10 Uhr.

Die Ministerkrise hält noch immer das öffentliche Interesse wach, was deutlich durch die noch immer stark besetzten Tribünen zum Ausdruck kommt. Die Plätze der Minister sind aber nach wie vor verwaist. Von den zwei Tischreihen, die den Vertretern der Regierung zur Verfügung stehen, ist die vorderste, wo die Minister ihre Plätze haben, völlig leer, dagegen sind die Ministerialdirektoren und sonstigen Räte um so zahlreicher vertreten. Auffällig ist, daß der Geheimrat Dr. Tiller, der ebenfalls sein Entlassungsgesuch eingereicht haben soll, jetzt eine große, an ihm noch nie beobachtete Geschäftigkeit entwickelt. Dieser Herr soll einen ziemlichen Einfluß im Finanzministerium gehabt haben. Seiner Initiative soll zuzuschreiben sein, daß die Grundsteuer in der Regierungsvorlage fallen gelassen worden ist. Zwischen diesem Herrn und den Abgeordneten herrscht ein reger Verkehr. Bald steht er mit diesem, bald mit jenem Abgeordneten im eifrigen Gespräch beisammen, bald läuft er eifrig auf eine Bank der Abgeordneten zu und winkt einen der Herren heraus, aber schon sieht man ihn wieder bei einem anderen Herrn stehen. Er scheint durch die letzten Vorgänge in keiner Weise gekränkt zu sein und die Konservativen scheinen eine gewisse Vorliebe für diesen Herrn zu haben. Man könnte veranlaßt werden, ihn unter die schon ziemlich zahlreichen Ministerkandidaten einzureihen, wenn nicht das Auftreten dieses Herrn mit der großen Glatze, dem grauen Bart und dem energischen scharf geschnittenen Gesicht ziemlich deutlich zeigte, daß ihm die Rednergabe fehlt. — Das fortdauernde Fernbleiben der Minister zeigt jedenfalls, daß der Konflikt noch nicht völlig erledigt ist, die verbleibenden Minister scheinen zunächst ein Entgegenkommen der Konservativen bezüglich der Finanz-Deputation B abwarten zu wollen. Ob diese ihr Veto in mildere Form kleidet oder aufrecht erhält, — davon scheint der weitere Verlauf der Angelegenheit wesentlich abzuhängen.

Auf der Tagesordnung steht noch Kapitel 36 des außerordentlichen und einige Kapitel des ordentlichen Etat.

Für die Erweiterung der Bahnhofsanlage Stein-Hartenstein werden im außerordentlichen Etat 400000 M. gefordert. Zum Erwerbe von dem zum Bau nötigen Areal und Herstellung der erforderlichen Erdarbeiten werden für die nächste Finanzperiode 150000 M. gefordert. Die Kammer bewilligt die Summe ohne Debatte.

Darauf wird Kapitel 5 des ordentlichen Etats, Hofapotheke mit 25 102 M. Einnahme und 840 M. Ausgabe genehmigt.

Bei Kapitel 78, Landeskultur- und Altersrentenbank ist die Einnahme mit 81005 M., die Ausgabe mit 181000 M. eingestellt.

Abg. Kockel (kons.) beschwert sich, daß den hinterlassenen Witwen der Rentner oft Beschwerden insofern bereitet werden, als ihnen statt den Beglaubigungen durch den Gemeindevorstand solche von einem Notar abgefordert werden, was sehr umständlich und kostspielig für die Leute sei. Diese Anforderungen hätten große Unzufriedenheit wach gerufen und manche Leute veranlaßt, ihre Geld nicht mehr in der Altersrentenbank anzulegen.

Geheimrat Dr. **Tiller bemerkt**, daß nur bei der Rückzahlung von Vorbehaltskapitalien gewisse vom Gesetz vorgeschriebene Normen eingehalten werden müßten, sonst aber nach Ansicht der Regierung die Beglaubigung durch die Gemeindebehörde genüge. Er sei gern bereit, zu untersuchen, inwieweit man zu weit gegangen sei, wenn ihm nähere Angaben gemacht würden.

Abg. Kockel sagt zu, nähere Angaben zu machen.

Darauf wird Kapitel 78 nach der Vorlage bewilligt.

Kapitel 83 (Departement der Finanzen), verschiedene bauliche Veränderungen, wird mit 20 M. Einnahme und 21400 M. Ausgabe ohne Debatte bewilligt. Dasselbe geschieht bei den folgenden Kapiteln: 84, allgemeine technische Zwecke, mit 1200 M. Einnahme und 25900 M. Ausgabe; Kapitel 85, fiskalische Gerechtsame, mit 2000 M. Ausgabe; Kapitel 86, allgemeine Ausgaben bei dem Departement der Finanzen, mit 2000 M. Ausgabe und bei Kapitel 87, Immobiliar- und Brandversicherungsbeiträge, mit 36510 M. Ausgabe.

Bei dem letzten Punkte weist der Berichterstatter, Abg. **Steiger**, darauf hin, daß sich diese Beiträge seit 1892 um 135384 M. erhöht haben. Das sei ein Beweis dafür, daß sich die staatlichen Gebäude seit dieser Zeit wesentlich vermehrt hätten.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Petitionen mehrerer Gemeinden bei Chemnitz um Aufhebung des § 23 der Landgemeindeordnung, die Befreiung eines Fünftels des Gehaltes festbesoldeter Beamter von der Gemeindesteuer betreffend.

Berichtigung. Im Landtagsberichte in der gestrigen Nummer ist ein Fehler unterlaufen. Auf der 26. Zeile von oben muß es statt „Herabsetzung" **Erhöhung** des Prozentsatzes an Beiträgen zu den örtlichen Feuerlöschanstalten heißen.

Sächsische Angelegenheiten.

Zur Ministerkrise in Sachsen. Die national-soziale Zeit bringt eine Auslassung, die zwar von den Ereignissen überholt, dennoch aber wert ist, verzeichnet zu werden. Wir lesen:

Und was ist nun der Erfolg dieses Ministerschlachtens? Das Finanzministerium erhält einen neuen Herrn und mehrere neue Räte. Hier wird sicher Abhilfe eintreten, denn schlechter können die Zustände nicht gut werden. Ob das übrige Ministerium, hauptsächlich in Rücksicht auf das hohe Alter König Alberts, nicht doch noch bleibt, steht zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht fest. Wenn es bleibt, so ist ihm sicherlich durch das Eintreten des Herrn v. Metzsch für einen verlorenen Posten — entschieden ein diplomatischer Fehler — ein gut Teil Einfluß und Initiative verloren gegangen. Ebenso ist durch den erfochtenen Sieg der reaktionären Mehrheit der sächsischen Kammer das Rückgrat gehörig gesteift worden, so daß wahrscheinlich für die Zukunft mit weiteren Kraftproben dieser Fremde gerechnet werden muß. Die gefährlichste Folge dieses politischen Februarsturmes dürfte aber leider wohl darin bestehen, daß in weiteren Kreisen thatsächlich das Gefühl sich einnistet, daß jetzt mit dem Dreiklassenwahlrecht den politischen Interessen der Gemeinden besser und energischer gedient sei, als unter der früheren Verfassung. Es besteht daher jetzt weniger Hoffnung denn je, daß man in bestimmten Kreisen die Notwendigkeit politischer Verbesserungen für Sachsen einsehen wird. Es ist ja jetzt für alles gesorgt, sogar für Verfassungskonflikte und Ministerstürze.

Wir fürchten, Sachsen ist mitten im Karneval abermals ein beträchtliches Stück in die Reaktion hineingerutscht.

Was eingangs von der Auslassung in der Zeit gesagt wurde, gilt auch von einer Bemerkung in der nationalliberalen Kölnischen Zeitung, wo es heißt:

Während unsere eigenartige Ministerkrisis noch andauert, beginnt in den Reihen unserer Abgeordneten eine gewisse Entmutigung und Beunruhigung Platz zu greifen, die für den eigentlichen Anstifter des Ministersturzes, den Geheimen Hofrat Mehnert, den Führer unserer Konservativen, nicht gerade schmeichelhaft ausfällt. Den Finanzminister v. Watzdorf wollte man, da er freiwillig nicht ging, mit Gewalt, d. h. mit unzweideutiger Bekundung allseitigen parlamentarischen Mißtrauens, aus dem Gesamtministerium ausschiffen, aber den Bestand des Ministeriums wollte man unter keinen Umständen erschüttern. So trugen unsere Konservativen kein Bedenken, den Weg zu wandeln, der in Staaten mit parlamentarischer Regierung der herkömmliche ist, der aber in unseren deutschen monarchischen Staaten, und namentlich bei uns, nichts anderes bedeutet, als dem Könige selbst die Pistole des Parlaments auf die Brust zu setzen. Erst wird den Herren allmählich klar, in welch für unsere Verhältnisse geradezu unerhörte Zwangslage sie unseren greisen, hochverdienten König Albert versetzt haben; und Herr Mehnert dürfte sehr bald merken, daß seine Zügelführung nicht gerade als ein Vorbild von Staatsklugheit und Weisheit beurteilt wird. . . . .

Neue Vorgänge in der Ministerkrise sind nicht zu verzeichnen. Ob die nächsten Tage eine vollständige Klärung bringen werden, ist trotz der vielen geheimen Sitzungen, die der Landtag schon abgehalten hat, noch zweifelhaft. Jetzt rührt sich gar nichts mehr im konservativen Blätterwalde Sachsens und auch das Dresdner Journal weiß in seinem amtlichen Teile nichts zu melden. Die Angelegenheit hängt sonach noch in der Schwebe, befindet sich aber dennoch in einem Beharrungszustande, der für beide Teile, Regierung und Landtag, unerquicklich sein muß.

Der frühere Landtagsabgeordnete Uhlmann ist in Stollberg, seinem Wohnort, gestorben. Uhlmann vertrat seit 20 Jahren den 17. städtischen Landtagswahlkreis. Der alte Herr gehörte der Fortschrittspartei an, das hatte ihn aber nicht gehindert, den Krebsgang des sächsischen Bürgertums mitzumachen. Fortschrittler war er nur noch dem Namen nach, in Wirklichkeit unterschied er sich in keiner Weise von den Konservativen. Er hat mit seinem Fraktionskollegen May für die Wahlentrechtung gestimmt und ist auch sonst als Verteidiger des herrschenden Systems aufgetreten. Wenn unsere Genossen im Landtage scharfe Streiche gegen die sächsische Justiz führten, suchte Uhlmann oft mit seinen allerdings nur schwachen Kräften der bedrängten Regierung zu Hilfe zu kommen. Er hatte auch den traurigen Mut, die Fesselung unseres Genossen Schulze zu verteidigen, und nahm den Beamten, der die Fesselung vollzogen hatte, mehrfach in Schutz. Auch sonst verriet an dem Stollberger Baumeister und Stadtrat nichts, daß ihm ein Rest der liberalen Ideen erhalten geblieben sei. — Denselben Krebsgang wie Uhlmann haben seine Wähler gemacht. Das zeigte sich recht deutlich bei der Nachwahl am 20. Oktober v. J., die notwendig wurde, weil Uhlmann sein Mandat niederlegte. Dieselben Wahlmänner, die den „Fortschrittler" Uhlmann in den Landtag gesandt hatten, wählten bei der Nachwahl den konservativen Zschierlich, der jetzt an Uhlmanns Stelle einen Sessel im Dreiklassenparlament drückt.

Was ein Konsum-Verein nicht thun darf, das hat gestern das sächsische Oberlandesgericht festgestellt. Der Fall, um den es sich handelt, ist bereits in unserem Blatte erörtert worden. In Elsterberg fand voriges Frühjahr der alljährliche Verbands-

---

Richter. Sämtliche Modellskizzen sind im Verwaltungsgebäude des städtischen Ausstellungsgrundstückes — Eingang von der Stübel-Allee durch das südliche Thor — bis zum 23. Februar 1902, täglich von 10—4 Uhr, öffentlich und unentgeltlich ausgestellt.

Ueber das Wasser im alten und neuen Aegypten sprach jüngst im Münchner Polytechnischen Verein Hofrat Max v. Eyth aus Ulm. Der Zeitschrift für Binnenschiffahrt zufolge führte er aus, in keinem anderen Teile der Welt habe das Wasser so viel für den Menschen, aber auch der Mensch so viel für das Wasser gethan, wie in Aegypten. Den Anstoß hierzu gab die physikalische Beschaffenheit des regenlosen Landes, das die direkte Schöpfung des Stromes ist, an dem heute noch seine Existenz hängt. Nicht nur bringt der Nil die für jede Art von Leben erforderliche Feuchtigkeit in eine sonst unbewohnbare Wüste; der Schlick, den sein Wasser aus dem Inneren Afrikas mit sich führt, ist der Kulturboden Aegyptens und zugleich der Dünger, der die unerschöpfliche Fruchtbarkeit dieses Bodens bis zum heutigen Tage erhält.

Die jährlichen regelmäßigen Ueberschwemmungen des Nils von Anfang August bis Ende November sind die charakteristische Eigentümlichkeit des Stromes. Während er im Mai mit 30—40 Millionen Kubikmeter täglich über die Schwelle bei Assuan tritt, ist seine Wassermenge im Oktober 750 Millionen. Dieses Verhalten des Flusses beherrscht die Kultur und das ganze Leben des Volkes, regelt die Jahreszeiten und bemißt je nach der Wassermenge die Fruchtbarkeit des Jahres.

Seit Urzeiten waren dreierlei Arten der Behandlung des Wassers am Nil gebräuchlich: die völlig ungeregelte Ueberschwemmung des Landes, das Beckensystem und die Sefi-Kultur. Im ersten Fall flutet der Strom befruchtend und zerstörend während drei bis fünf Monaten über das Land, das natürlich während dieser Zeit brach liegt. Beim zweiten System ist das Land durch Dämme in Becken eingeteilt, die einzeln überschwemmt werden und während etwa 50 Tagen einen ruhigen See bilden, in dem sich der Schlick des Nilwassers gleichmäßig ablagert. In beiden Fällen ist nur eine Ernte möglich, und Pflanzen können nicht angebaut werden, die, wie Zuckerrohr und Baumwolle, mehr als acht Monate zur Reife brauchen. Bei der Sefi-Kultur ist der betreffende Distrikt von Dämmen umgeben, die ihn vor jeder Ueberschwemmung schützen, erhält aber auch während der Sommermonate das nötige Wasser von hochliegenden Kanälen, die vom Nil aus künstlich gespeist werden. Dies geschieht entweder durch Pumpwerke, durch das Aufstauen des Hauptstromes oder durch einen Kanal, der den Nil weiter oben im Lande in der erforderlichen Tiefe anzapft und seine Wasser mit geringerem Gefäll, als es der Nil selbst hat, allmählich auf die Höhe des Kulturlandes führt.

In der ältesten Zeit bildete der verschwundene Möris-See ein großartiges Sammelbecken für die Ueberschwemmungswasser, die dann in den trockenen Monaten die Wassermenge des Nils vermehrten, so daß damals große Distrikte des Deltas blühende Kulturstätten bilden konnten, die heute aus Wassermangel versumpft und verlassen sind.

Ein völliger Zerfall der Wasserwirtschaft war unter der Mamelucken- und Türkenherrschaft des 18. Jahrhunderts eingetreten. Erst Mehemed Ali begann zu Anfang des vorigen Jahrhunderts wieder energisch einzugreifen. Neben der Wiederherstellung alter und neuer Kanäle war sein Hauptwerk die große Stauanlage bei Kaliub, die die Kanäle des Deltas während des ganzen Jahres mit Wasser füllen sollte.

Dieses groß gedachte Werk mißlang zunächst völlig, indem seine schlechte Fundierung dem Wasserdruck nicht widerstand, und wurde nach mannigfachen Versuchen anfangs der achtziger Jahre endgiltig aufgegeben. Die Einführung von Dampfpumpen aller Art hatte unter der Regierung Ismail Paschas einen allerdings kostspieligen und ungenügenden Ersatz geboten. Gleichzeitig hatte der erste Khedive einen großen Teil von Mittelaegypten durch den Bau des Ibrahimiakanals in Sefiland verwandelt, aber auch gerade hierdurch die Bodenkultur in einem anderen, ebenso großen Teil zu Grunde gerichtet.

1884 übernahmen englische Ingenieure die ganze Wasserwirtschaft Aegyptens, und hiermit begann eine neue Aera für das Land. Zunächst wurde die aufgegebene Stauanlage bei Kaliub mit einem Kostenaufwand von 9 300 000 M. erfolgreich hergestellt. Dies verdoppelte die Baumwollernte des Deltas und erzeugt hiermit einen Mehrertrag von 60 Mill. M. Sodann wurde in Mittelaegypten das durch den Sefidistrikt der Staatsdomänen vom Nil abgeschnittene Bedenland an neun Stellen mit dem Strom wieder in Verbindung gesetzt und ihm hierdurch seine alte Fruchtbarkeit zurückgegeben.

Nun aber zeigte sich, daß, obgleich im Sommer kein Tropfen des Nils mehr in das Meer gelangt, die gesamte Wassermenge des Stroms nicht ausreicht, um dem Lande die im Altertum bekannte Ausdehnung zu geben. Es fehlte der Möris-See oder ein entsprechendes Sammelbecken für die Flutwasser des Nils.

Ein Amerikaner, Cope Whitehouse, glaubte in einer Einsenkung der Wüste südlich vom Fayum — dem Rayanthal — den alten Möris-See gefunden zu haben. Es stimmten allerdings in merkwürdiger Weise die Angaben Herodots mit den nunmehr genau festgestellten Verhältnissen jenes Distrikts. Die Herstellung dieses Whitehouseschen Möris-Sees hätte dem Delta im Sommer 1000 Mill. Kubikmeter Wasser zugeführt und den Anbau von jetzt brachliegenden 500 000 Hektaren ermöglicht. Anfangs der neunziger Jahre war dies Projekt nahezu beschlossene Sache. Doch trat gleichzeitig die englische Regierung einem anderen Plane näher: der Aufdämmung des Nils bei Assuan. Dieses Projekt wurde allerdings auf ½ seiner ursprünglichen Größe zurückgeführt, um die Ueberschwemmung der Insel Philä zu vermeiden; eine Gefahr, die in archäologischen Kreisen den heftigsten Widerstand angeregt hatte. Seit zwei Jahren ist nun ein Granitdamm von 2 Kilometer Länge und 28 Meter Höhe mitten durch den ersten Katarakt im Bau begriffen und wird voraussichtlich in zwei Jahren in Wirksamkeit treten. Damit wird der südliche Teil von Nubien in einer Länge von 177 Kilometern in einen See verwandelt, der dem Nil im Sommer 1000 Millionen Kubikmeter Wasser zuführen wird. Ueberdies sind zwei Stauanlagen, ähnlich der bei Kaliub, die erste bei Assiut, die zweite bei Zifta im Delta im Bau begriffen.

Auch dann, wenn diese Arbeiten mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 80 Mill. M. fertiggestellt sein werden, ist noch weitaus nicht erreicht, was Aegypten bei genügender Wasserversorgung leisten könnte. Es werden deshalb gegenwärtig Pläne von wahrhaft großartiger Ausdehnung ernsthaft erwogen, die die Aufstauung der Albert Nyanza und des Tana-Sees in Abessynien zum Ziel haben und die Ausflüsse durch das Eindämmen des Stromes in den Sumpfdistrikten seines Oberlaufs regelmäßiger gestalten sollen.

Auch in aegyptischen, den Engländern feindlichen Kreisen wird anerkannt, daß das Land seinen finanziellen Aufschwung, seine Rettung aus seiner Zeit scheinbar unvermeidlicher Insolvenz, den Werken seiner Wasserbaumeister verdankt, die heute im Begriff sind, die Wunder der Pharaonenzeit zu überbieten.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. In England scheint die amerikanische Freigebigkeit für die Wissenschaft mehr und mehr zur Nachahmung anzuregen. Die neue Universität in Leeds hat von der dortigen Tuchmachergilde ein Geschenk von 400 000 M. bekommen. Der schottischen Universität St. Andrews wurde von einem Privatmann die Summe von 260 000 M. vermacht, während die Universität Aberdeen von Lord Strathcona die Summe von 500 000 und aus kleineren Zuwendungen einen Zuschuß von 600 000 Mark in Empfang nehmen konnte. Diese Summen halten wohl schon einen Vergleich mit den amerikanischen Aufwendungen aus, obgleich sie vorläufig noch erheblich kleiner auftreten. Rockefeller

des Revisionsverbandes sächsischer Konsum-Vereine, Vorwärts. Der Vorstand des Elsterberger Konsum-Vereins hatte dazu die nötigen Vorbereitungen zu treffen, wie das so üblich ist. Und den jahrelangen Gepflogenheiten entsprechend, fand nach den Verhandlungen ein Kommers zu Ehren der Delegierten statt, der natürlich ebenfalls von dem Vorstand des Elsterberger Konsum-Vereins mit arrangiert wurde. Die 150 M. betragenden Kosten wurden aus der Vereinskasse des dortigen Konsum-Vereins gedeckt. Darin sollte nun etwas Strafbares, gegen die durch das Genossenschafts-Gesetz stipulierten Zwecke der Konsum-Vereine verstoßendes liegen. Die drei Vorstandsmitglieder hatte man angezeigt, und sie bekamen daraufhin jeder ein Strafmandat, nach dem sie 20 M. Strafe zahlen sollten. Es wurde aber die Entscheidung der Gerichte angerufen. Schöffen- und Landgericht bestätigten die ausgeworfenen Strafen. Man konstruierte gewissermaßen einen negativen Verstoß gegen das Genossenschafts-Gesetz, indem man ihn darin fand, daß nicht alle 1000 Mitglieder des Konsum-Vereins an dem Kommers beteiligt gewesen waren. Gegen das Urteil des Landgerichts legten zwei der Bestraften Revision ein, die letztere vor dem Oberlandesgericht zur Verhandlung kam. Die Revision rügte falsche Anwendung der in Frage kommenden §§ 1 und 149 des Genossenschaftsgesetzes. Der Kommers sei wohl geeignet gewesen, den Verein mittelbar zu fördern, worauf noch im Einzelnen hingewiesen wurde. Die Sache schien sehr günstig für die Angeklagten zu stehen, denn selbst der Staatsanwalt hielt die Revision für genügend begründet. Er wies auf verschiedene Kommentare des Genossenschaftsgesetzes hin, nach denen Bedenken gegen das Landgerichtsurteil nicht von der Hand zu weisen seien; er enthalte sich deshalb eines Antrages. Das war ein indirektes Eintreten für die Revision. Das Oberlandesgericht stellte sich auf einen anderen Standpunkt — es verwarf die Revision, und schloß sich den Deduktionen des Landgerichtes an. In dem Kommers könne weder ein mittelbarer noch ein Nebenzweck für die Förderung der Vereinsinteressen erblickt werden. Die Ausgabe dafür sei eine Schädigung der Mitglieder. Man könne auch die Entschuldigung der Verurteilten nicht gelten lassen, daß sie ja nur Beschlüsse der Generalversammlung beim Arrangement des Kommerses durchgeführt hätten; sie wären eher verpflichtet gewesen, solchen Beschlüssen entgegen zu wirken.

Die ganze Verhandlung vor dem Oberlandesgericht ging sehr schnell vor sich — genau **acht Minuten** nahm sie in Anspruch, die Urteilsberatung dauerte etwa **eine Minute**. Die Herren Richter scheinen sich demnach in einer großartigen Klarheit und Uebereinstimmung befunden zu haben, trotz der Bedenken des Staatsanwalts, des Vertreters der Anklage!

Die Konsequenzen einer derartigen Auslegung der „Zwecke" der Wirtschafts-Genossenschaften, wie sie hier von den Gerichten beliebt wurde, sind nicht abzusehen, wenn man in Zukunft in dieser Weise verfahren sollte. Wir kommen darauf vielleicht einmal besonders zu sprechen. Dem Verständnis weiter Kreise des Volkes dürfte dieses Urteil des Oberlandesgerichts ebenso wenig entsprechen, wie viele frühere Urteile.

Empfindliche Wahlrechtsvernichter. Der Stadtrat von Crimmitschau hat sich über die scharfe aber zutreffende Kritik seines Wahlentrechtungsplanes durch das sächsische Volksblatt so geärgert, daß er Strafantrag wegen Beleidigung gegen unser Zwickauer Bruderorgan stellen will. Möglich, daß der Stadtrat seine Ehre repariert bekommt, die Einwohner von Crimmitschau aber gehen durch den reaktionären Streich des Stadtrats ihres Wahlrechts verlustig.

Ein „vorsichtiger" Gemeinderat. Zu der von uns in Nr. 34 vom 11. Februar veröffentlichten Notiz, betr. die Steuerhinterziehung eines reichen Fabrikanten und Gemeinderatsmitgliedes Hofmann in Neukirchen bei Crimmitschau, wird uns nachträglich folgendes Histörchen gemeldet: Als H. seiner Zeit bei den Steuer-Manipulationen ertappt wurde, und man ihm, ebenfalls weil er eben reich war, schlecht beikommen konnte, half sich der Gemeinderat dadurch aus der Klemme, daß er die Sache einfach ignorierte. Erst nachträglich scheinen ihm über diese „Gemütigkeit" Gedanken aufgestiegen zu sein, denn plötzlich (am 17. Jan. 1900) beschloß man, dem § 15a des Anlagen-Regulativs folgenden Zusatz anzufügen:

„Anlagenpflichtige, welche bei der Abschätzung übergangen oder in eine niedrigere Klasse eingeschätzt worden sind, als dies ihrem Einkommen nach hätte geschehen sollen, sind zur Nachzahlung des den Gemeinden-, Armen-, Kirchen- und Schulkassen dadurch entzogenen Betrags verpflichtet, gleichviel ob eine Hinterziehung vorliegt oder nicht. Der Anspruch auf Nachzahlung ist jedoch nicht weiter zu verfolgen, als auf 4 Jahre, vom Anfang des Jahres an zurückgerechnet, in welchem die Thatsache der Steuerverkürzung (!) bekannt geworden. Die Verbindlichkeit zur Nachzahlung geht auf die Erben über."

Das war zwei Jahre nach der ersten Hinterziehung. Jetzt hat der Mann trotz des „neuen Regulativs" das Manöver wiederholt, und man muß neugierig sein, ob der Gemeinderat, um dem Herrn Fabrikanten nicht zu nahe zu treten, nicht noch einen Zusatz beschließt!

Kötzschenbroda. Eine hier und in der Umgebung vorgenommene Arbeitslosen-Zählung ergab nachstehendes Resultat:

	Arbeitslose	verheiratet	Kinder
Ober-Kötzschenbroda	15	13	31
Lindenau	46	37	76
Niederlößnitz	23	18	38
Naundorf	43	25	58
Zitzschewig	14	11	27

Das sind also insgesamt 141 Arbeitslose, darunter 104 Verheiratete mit 230 Kindern. Am härtesten betroffen sind die Bauberufe und die ungelernten Arbeiter. Es waren 47 Maurer durchschnittlich 75 Tage arbeitslos, 31 Zimmerer 74 Tage, 37 ungelernte Arbeiter 71 Tage und 25 Angehörige anderer Berufe 65 Tage.

Wurzen. Die überfallene Frau Möser, die 78 Jahre alt war, ist, wie schon kurz gemeldet, im Krankenhause gestorben, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben. Ueber die Entdeckung der Mordthat wird nach folgendes berichtet: Als sich am Mittwoch früh ½7 Uhr der Fuhrmann Schabe durch den vorübergehenden Bäckerlehrling Wadewitz Zigarren bei der Frau Möser holen lassen wollte, bemerkte der letztere, der erst ¾6 Uhr früh Brötchen an die Frau Möser abgeliefert hatte, daß niemand im Laden war. Im Nebenzimmer hörte er Geräusch und das Schieben einer Leiter. Auf sein Rufen: „Frau Möser!" antwortete eine verstellte Stimme, die eine Frauenstimme markieren sollte: „Frau Möser kommt gleich!" Da niemand erschien, betrat dann der ungeduldig mit seinem Geschirr auf der Straße wartende Schabe den Laden. Da es finster war und jemand tobelte, brannte er ein Zündhölzchen an. Beiden bot sich, als sie hinter den Ladentisch leuchteten, ein schrecklicher Anblick dar: Frau Möser lag bewußtlos in einer großen Blutlache. Der Thäter hat 150 M. in Geld, jedenfalls in einem hölzernen, mit Weißblech beschlagenen Holzkästchen, das die Aufschrift „Uebe Sparsamkeit" trug, entwendet. In dem Kästchen wird noch eine fremde (russische) Münze von der Größe eines Einmarkstückes sein. Der Thäter dürfte an seiner Kleidung, seinen Stiefeln und seinen Händen Blutspuren zeigen.

Löbau. Am Dienstag ist der Schmied Rasch aus Großschweidnitz verhaftet worden, weil er verdächtig ist, Blutschande verübt zu haben. Schon seit längerer Zeit waren in Großschweidnitz Gerüchte im Umlauf, daß Rasch mit seiner circa 29 Jahre alten Tochter, die bereits im 18. Lebensjahre ein taubstummes Kind geboren hatte und gegenwärtig wieder ihrer Niederkunft entgegensieht, geschlechtlichen Umgang pflege. Diese bisher unkontrollierbaren Gerüchte spitzten sich in letzterer Zeit zu einer Beleidigungsklage gegen die Arbeiterin Teckwerth zu, in welcher Angelegenheit am Dienstag Termin vor dem königl. Amtsgericht in Löbau stattfand. In diesem Termine ließ sich die Tochter des Rasch zu dem Geständnis herbei, daß sie ihr Vater bereits seit dem 10. Lebensjahre mißbrauche. Infolge dieses Geständnisses ist Rasch sogleich in Haft genommen worden.

Weigsdorf bei Zittau. Der Weberstreik in Weigsdorf soll nach Meldungen bürgerlicher Blätter darauf zurückzuführen sein, daß eine Anzahl Arbeiter angeblich wegen schlechten Geschäftsganges entlassen wurden, worauf die übrigen Arbeiter der Firma Paul Göhre & Komp. die Arbeit einstellten. Die Arbeiter betrachten dem Anscheine nach die Entlassung als Maßregelung.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Einen recht seltenen Fang machte dieser Tage Herr Gutsbesitzer Alwin Schäfer in Arteyis bei Elstra, indem er in einer gestellten Falle in den Kriepitzer Gewässern einen Fischotter erbeutete. Dieses seltene Tier hat das ansehnliche Gewicht von 13 Pfund und mißt ausgestreckt einen Meter. Herr Schäfer hat den Fischräuber ausgestopft. — Der seit einigen Tagen verschwunden gewesene Gerichtsschreiber bei dem königl. Amtsgericht in Lichtenstein, Aktuar Klemm, hat sich am Sonnabend freiwillig der Behörde gestellt. Er hat sich an amtlichen Geldern vergriffen und sich außerdem der Wechselfälschung schuldig gemacht. — Als sich am Dienstag abend in Hinterhain der 36jährige Sticker Beutner in seine Schlafkammer begeben wollte, glitt er auf der obersten Treppenstufe aus und fiel rücklings herab. Ein Halswirbelbruch führte den Tod Beutners noch in derselben Nacht herbei. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich dieser Tage in der Gustav Tölleschen Papierfabrik in Wildenfels, wo der dort beschäftigte im 18. Lebensjahre stehende Arbeiter Ernst Kurt Scheffler von hier beim Arbeiten in den Antrieb einer Papiermaschine geriet, wobei ihm der Brustkorb völlig eingedrückt wurde, was seinen sofortigen Tod herbeiführte. — In Neuhof bei Ebmath fiel dieser Tage der 18jährige Dienstknecht Johann Büttner vom Scheunenboden auf die Tenne herab und verletzte sich bei dem Sturze so schwer, daß er kurz darauf starb.

Stadt-Chronik.

Fasching auf dem Stadthause.

Die Faschingszeit ist ja vorüber, wer aber gestern abend der Stadtverordnetensitzung beiwohnte, der konnte sich wirklich in eine Mummenschanzade versetzt fühlen, und zwar in eine echte, feierliche, nach Kölner oder Münchner Art. Sollte man ernsten Männern derartige offizielle Hanswursterei zutrauen, wie man sie gestern abend in der demonstrativen „Ehrung" des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Stöckel beobachten konnte? Es dürfte wohl nirgends sonst möglich sein, daß man eine ungeschliffene, grobe Bemerkung eines neubackenen unerfahrenen Politikers gegen einen auf verlorenem Posten stehenden Minister als heroische That feiert. Doch in dem Spielchen der Stadtverordneten liegt auch ein gut Stück Bosheit, was den Coup nur noch abstoßender macht. Das Finanzministerium steht seit längerer Zeit mit der Dresdner Stadtverwaltung nicht im besten Einvernehmen, und es ist noch gar nicht lange her, daß im Stadtverordnetenkollegium die kleinlichsten Ausfälle wegen einer Tiefbausache gegen die genannte Behörde gemacht wurden. Natürlich richtet sich so etwas in letzter Linie immer gegen den Ressortchef, in diesem Falle gegen den Finanzminister v. Watzdorf. Nun ist er gegangen worden, und man freut sich offenbar darüber auch auf dem Stadthause kindlich; nicht genug daran, konnte man es sich nicht versagen, dem Gefallenen noch den nach einem bekannten Tiere genannten Fußtritt zu versetzen. Das ist Dresdner Stadtverordneten-Männer-Art!

Endlich kam im Stadtverordnetenkollegium einmal die Bürgerrechtsfrage zur Erörterung. Die Kritik der Maßnahmen des Rates bei der Bürgerrechtserteilung setzt freilich recht vorsichtig ein. Daß nach Herrn Scheven die „gutgestellten" Leute dabei benachteiligt sind, kommt nicht in erster Linie in Betracht. Die Leute werden wohl nicht zurückgewiesen; es wäre naheliegender gewesen, auf die Methoden hinzuweisen, die Arbeitern gegenüber bei Verweigerung des Bürgerrechts geübt wurden und werden. Das sind ja gerade die charakteristischen Dinge, die dabei in Frage kommen. Wenn Herr Scheven im Interesse der „gutgestellten" Leute fordert, daß man auf das Verlangen der sächsischen Staatsangehörigkeit bei Reichsdeutschen verzichten soll, so verlangt er etwas unmögliches vom Rat, weil für die Erwerbung des Bürgerrechts der Besitz der sächsischen Staatsangehörigkeit landesgesetzlich vorgeschrieben ist. Das müßte Herr Scheven eigentlich wissen. Das Kompliment für die Rührigkeit der Sozialdemokraten in der Sache quittieren wir hiermit. — Nach einer Alkoholdebatte, die, wie es scheint, zum „eisernen Bestand" der Stadtverordnetensitzungen gehören, unternahm der durch seine geistige Größe bekannte Herr Flockemann einen Exkurs in das Gebiet der Pädagogik. Der Mann hat eine wunderbare Entdeckung gerade noch rechtzeitig gemacht: Die Entnervung und Entartung des Volkes beruht auf der Hebung und Vervollkommnung des Schulunterrichts .... Der Mann hat die Befähigung für einen deutschen Kultusminister.

Aus dem Stadtverordnetensaale. Der Tisch des Vorsitzenden ist heute mit einem mächtigen Blumenstrauß in sinniger Blumensprache — Flieder und Narzissen — geschmückt. Als der Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Stöckel den Saal betritt, erhebt sich das ganze Kollegium insgesamt zu seinen Ehren von den Sitzen. Die Huldigung ist von den konservativen Mitgliedern des Hauses dem „Ministerstürzer" für seine Lebewohl-Rede veranstaltet worden. Reden giebt es nicht. Dr. Stöckel beschränkt sich darauf: „Ich danke Ihnen, meine Herren!" zu sagen. — Auf die von den Stadtverordneten an den Verkauf von Land am Bahnhof Klingenberg geknüpfte Bedingung der Gewährung eines Geleisanschlusses hat die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen geantwortet, sie könne diese Bedingung nicht als berechtigt anerkennen, gleichwohl dürfe das Kollegium sich versichert halten, daß der Geleisanschluß ausgeführt werden würde. Infolge dieser Erklärung verzichten Rat wie Stadtverordnete auf Aufrechterhaltung der Bedingung. — Die Erhöhung der Zahl der Gemeindewaisenräte und der Ersatzmänner im 4. Bezirk von je fünf auf je sechs und im 18. Bezirk von je fünf auf je acht giebt Dr. Scheven Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es sehr schwer sei, Waisenräte zu gewinnen. Dem Uebelstand sei vielleicht dadurch abzuhelfen, daß man die Zahl der Bürger vermehre. Der Rat erschwere ganz außerordentlich die Bürgerrechtserwerbung. Viele gutgestellte Leute, namentlich Preußen, Hessen usw., verzichteten aus Bequemlichkeit und Scheu vor den Scherereien, Dresdner Bürger zu werden. Man möge unter Umständen von der Vorbedingung der Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit absehen. Er stellt den Antrag, den Rat zu ersuchen, die Leute, die zur Erwerbung des Bürgerrechts nach § 17 der revidierten Städteordnung verpflichtet sind, dazu zu bewegen. Rechtsanwalt Häckel hält die Ausführungen des Vorredners für sehr beachtlich. Man mache es thatsächlich in Dresden vielen Einwohnern zu schwer, das Bürgerrecht zu erwerben. Es müsse möglich sein, gegen eine mäßige Entschädigung alle Scherereien zu vermeiden. Es seien viele begründete Beschwerden erhoben worden, z. B. darüber, daß der Rat erst Erhebungen über den Leumund der Kandidaten einhole. Hier müsse die Stadt Dresden bahnbrechend vorgehen. Das Wachsen der Bürgerschaft werde eine regere Beteiligung am gemeindlichen Leben hervorrufen. Kaufmann Uhlmann bekennt sich als alter Leser der Arbeiter-Zeitung und mahnt die „Ordnungs"parteien, ähnlich rege wie die Sozialdemokraten zu agitieren. Baumeister Hartwig bestätigt, daß man vor der Sozialdemokratie auf der Hut sein müsse. Er meint, die hier wohnenden nichtsächsischen Reichsdeutschen seien zu faul, um Ehrenämter zu übernehmen. Dr. Scheven teilt mit, daß jetzt manche Waisenräte 100 bis 120 Mündel hätten, während die Kontrolle von nur 70 schon überreichliche Arbeit verursache. Der Antrag Scheven wird mit allen gegen 6 Stimmen angenommen. — Das Kollegium hatte früher beschlossen, dem Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke eine jährliche Beihilfe von 500 M. auf die Jahre 1901 bis 1903 zu bewilligen. Der Rat will dagegen zwar für 1901 diese Summe bewilligen, für die nächsten beiden Jahre aber nur je 150 M. herausgeben. Dr. Scheven erklärt, der Verein habe 36 000 Flugschriften über Alkoholismus in den Schulen verbreiten lassen und später noch 1200 Broschüren. Der Verein sei bei dem Bankerott der Leipziger Bank ziemlich geschädigt worden und bedürfe jetzt der Unterstützung. Die Stadtverordneten Flockemann und Hartwig treten sehr warm für die Schevensche Forderung ein. Als letzterer sagt, daß die Menschen nach dem Ausspruch einer medizinischen Autorität ohne den Alkoholismus 15 Jahre länger leben würden, ruft Rechtsanwalt Müller v. Berneck ironisch „Ach!", worüber Herr Hartwig sehr erbost wird. Bürgermeister Leupold, der von der modernen sozialen Litteratur jungfräulich unberührt geblieben ist, bekämpfte die Bewilligung der 500 M. aus Sparsamkeitsgründen, was Dr. Scheven veranlaßt, ihn zu fragen, warum man denn gegenüber dem Rennverein so freigebig sei, obgleich dieser nicht das Ziel habe, das Volk sittlich zu heben wie der Mäßigkeitsverein. Der Antrag Scheven wird mit 31 gegen 20 Stimmen angenommen.

Sodann erteilt das Kollegium seine Zustimmung, daß im Jahre 1902 erhoben werden: 1. für die Stadtgemeinde 289 000 M. Bürger- und Einwohnersteuer, 486 000 M. Grundsteuer und 3 720 000 M. an Gemeindeeinkommensteuer (62 Proz. der Staatssteuer), 2. für die Schulgemeinde 169 800 M. an Grundsteuer und 2 134 580 M. an Schuleinkommensteuer (38 Proz. der staatlichen Einkommensteuer). Bezirksdirektor Ahlhelm macht darauf aufmerksam, daß das Betriebsvermögen der Schulgemeinde in den letzten Jahren sehr zurückgegangen sei. Bildhauer Flockemann behauptet, daß man heute viel zu viel Schulunterricht erteile. Man sehe infolgedessen keine Kinder mit roten Backen mehr. (Widerspruch.) Man sollte nur ein Drittel des Unterrichts erteilen, dann könnte man jedes Schulgebäude dreimal mehr ausnützen als heutzutage und sparte ⅔ der Kosten für Schulgebäude. Baumeister Hartwig bekämpft die Ansammlung von Vermögen durch die Stadt. Bürgerschullehrer Laube protestiert dagegen, daß die Schule die Kinder krank mache. Vielfach seien die Kinder krank, weil sie kranke Eltern hätten. Bildhauer Flockemann (mit ironischem Beifall begrüßt) sagt, die Eltern seien eben krank, weil auch in sie die Schule seiner Zeit die Keime zur Krankheit gelegt habe. — Die Errichtung einer Markthalle für die Johannstadt wird abgelehnt im Hinblick auf die schlechte Rentierung der Neustädter Markthalle. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung sind ohne Interesse.

Auf eine grobe Gielei der Neuesten Nachrichten macht uns einer unserer Leser aufmerksam. Im Berl. Tageblatt hatte ein bekannter Achtundvierziger G. Teschner Erinnerungen veröffentlicht, worin es hieß: „Daß in Dresden eine Revolution gemacht werden sollte, darüber waren alle Leipziger einig, das war auch mit Dresdner Demokraten, wie Richard Wagner, Arnold Ruge usw., bereits verabredet. So jung ich war, ich hatte meine Bedenken. Es befand sich in der Windmühlenversammlung, deren ganzes Beginnen, genau genommen, Hochverrat war, eine republikanische Fraktion, an deren Spitze Bakunin stand. Letzterer war entschieden für Proklamierung der Republik in Dresden, und die dort beginnende Revolution sollte internationalen Charakters sein. Was hatte doch dieser vagabundierende Allerweltsrufer, der überall, wohin er kam, nach letzten Blitzen haschte, mit der nationalen Aufrichtung des deutschen Volkes zu schaffen? Ich fand es anmaßend von ihm und von den Leipzigern kurzsichtig, daß ein Bakunin, der das Revolutionmachen als Profession betrieb, den Sachsen vorschreiben sollte, ob sie die rote Fahne oder das schwarz-rot-goldene Banner hochziehen durften. Einige, darunter Advokat Tölpisch aus Altenburg, waren entschieden dafür, daß nur die vom Frankfurter Parlament geplante Reichsverfassung als Ziel der Erhebung zu gelten habe. Einige Leipziger aber ließen sich von dem Russen insoweit ins Schlepptau nehmen, als sie gleich ihm meinten, man könne ja die Reichsverfassung als Vorwand gebrauchen und, wenn die Revolution siegbaft sei, dann die Republik proklamieren. Leichtfertiger, als es hier geschah, ist wohl kaum je ein planvoller Aufstand vorbereitet worden. Ich empfand, soweit mich überhaupt der ganze Plan erfaßte, Abscheu bis ins Herz hinein. Daß ich nicht mitthun würde, stand bei mir bereits fest."

Dazu bemerken die Neuesten Nachrichten:

schwerste Milliardär von Chicago, hat der Universität zu Syracuse wieder 100 000 M. gegeben, die besonders zum Bau eines biologischen Laboratoriums verwandt werden sollen. Aus der Hinterlassenschaft einer Frau Philipps erhielt die Exeter Akademie 200 000 und die Historische Gesellschaft von Massachusetts 400 000 M. Andrew Carnegie endlich hat gemeinsam mit dem Nachkommen von Peter Cooper die Unterstützung der sogenannten Cooper Union in New-York verdoppelt, und das bedeutet eine Erleichterung des Vermögens der Betreffenden um etwa 1¼ Million Mark. —

Wiederholt ist die Rede gewesen von einem Vertilgungskrieg gegen die Ratten, diesen schädlichen Nagetieren, die schon unter gewöhnlichen Verhältnissen eine arge Plage in manchen Gegenden darstellen. In neuerer Zeit widmet man diesen Tieren besondere Aufmerksamkeit, da sie als die gefährlichsten Vermittler der Pest erkannt worden sind. War ihre Ausrottung daher immer schon wünschenswert, so ist sie jetzt, besonders für unsere Hafenorte, zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Leider haben sich die bisher angewandten Bekämpfungsmittel, wie Gift, Pittotin, Fallen u. a. m., nicht unter allen Umständen und in ausreichendem Umfange bewährt, so daß wir zur Zeit noch kein Mittel besitzen, um die Rattenplage völlig zu beseitigen. Daher bildet diese Frage nach wie vor einen Hauptgegenstand bei den Verhandlungen des Reichsgesundheitsrates über die Abwehrmaßregeln gegen die Pestgefahr. Um diese Aufgabe möglichst bald in befriedigender Weise zu lösen, ist im kaiserlichen Gesundheitsamte unter Vorsitz des Geh. Medizinalrates Professor Dr. Koch eine Kommission zusammengetreten, die praktische Versuche in der genannten Richtung, vor allem auch auf Schiffen, unternimmt. —

In London ist am Sonnabend in der Westminsterabtei ein Denkmal John Ruskins enthüllt worden. Es ist ein von dem kürzlich verstorbenen Onslow Ford angefertigtes Bronzemedaillon. —

Der hervorragendste Kenner japanischer Kunst in Deutschland, Professor Dr. Justus Brinckmann, beging am Mittwoch den 12. Februar sein 25jähriges Jubiläum als Begründer und Leiter des Hamburger Kunstgewerbemuseums. Brinckmann hat voll unermüdlichen Eifers sehr viel zur Hebung des deutschen Kunstgewerbes beigetragen, in ferneren die japanische Kunst übermäßig hoch schätzenden Bestrebungen aber auch manche nicht unberechtigte Gegnerschaft zu bekämpfen. —

Im Befinden Tolstois ist, wie aus Jalta telegraphisch gemeldet wird, eine leichte Besserung eingetreten, doch ist die Gefahr noch nicht beseitigt. —

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020214/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ganz Aehnliches haben auch wir schon öfter über die damaligen Machenschaften und die damaligen Macher berichtet. Die ganze Sache war von bösartigen Ausländern angezettelt und gutmütig schwärmende sächsische Ideologen mußten deren Werkzeuge abgeben. **Geht es nicht teilweise jetzt wieder so zu?**

Wir als Marxisten haben eigentlich gerade keine Veranlassung, uns für Bakunin sonderlich zu engagieren. Er war ja nicht einer der unsrigen. Wenn wir trotzdem der Auslassung des Renegaten entgegentreten, so geschieht es nur der geschichtlichen Wahrheit zu Liebe. Die nicht voreingenommene Geschichtsschreibung anerkennt, daß Bakunin aus völlig uneigennützigen Motiven handelte. Wäre er vorsichtig gewesen, so wäre er sicherlich in Rußland und im Besitz seines Vermögens geblieben. So aber verzichtete er auf Heimat und materielle Güter um einer Idee willen. Und diese Idee war auch kein russisches Produkt, sondern ein deutsches Gewächs. Auf dem Umwege durch den Junghegelianismus gelangte Bakunin in die Reihen der deutschen Freiheitskämpfer. Bakunin ist arm gestorben, obgleich er über Reichtümer hätte verfügen können, wäre er dem Golde des Zaren zugänglich gewesen.

Die Schamfrage der Neuesten Nachrichten ist mehr als schleierhaft. Wenn wir die Redakteure dieses Inseratenorgans nicht als Halb- und Klassenfeinde schlimmsten Kalibers kennen würden, würden wir zu ergründen suchen, was sich der Fragende eigentlich gedacht hat. Aber wozu nach Gedanken suchen, wo keine sind. Wahrscheinlich hat sich die Redaktion der N. N. bei jenem Satze überhaupt nichts gedacht — wie gewöhnlich.

Achtung, Tischler! Man schreibt uns: In der Werkstatt von Schumann, Bergmannstraße, sind Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen werden dringend ersucht, Arbeitsangebote von dort strikte zurückzuweisen. Nach unseren Erkundigungen sollen die Thüren nun in der Werkstatt Teuvel & Schumann, Wimergartenstraße, gemacht werden. Kein Kollege übernehme die Arbeit, bevor er sich nicht erst über den Preis im Bureau des Holzarbeiterverbandes, Altmarktstraße 11, 1, erkundigt hat.

Für die reichsgesetzliche Beseitigung der städtischen Eingangszölle ist jetzt in der Zolltarifkommission des Reichstags u. a. auch der antisemitische Abgeordnete Gäbel eingetreten. Der Herr hat dabei speziell auf sächsische, bezw. Dresdner Verhältnisse exemplifiziert und darauf hingewiesen, daß die Eingangszölle auf Vieh z. B. den Landwirten den Absatz von Vieh erschweren und auf den Verkaufspreis drücken, indem die Fleischer den Eingangszollbetrag von der Kaufsumme kürzen. Daß der Antisemit Gäbel sich speziell über die Dresdner Eingangszölle beschwert, ist uns sehr interessant. Thatsächlich spielen die Eingangszölle auf die nötigsten Lebensmittel im Dresdner Steuerbudget eine große Rolle. Reichlich der fünfte Teil aller Steuern und Abgaben, über zwei Millionen Mark, werden durch dieses verwerfliche indirekte Steuersystem erhoben. Wie oft haben wir schon dagegen angekämpft. Unterstützung ist uns von keiner Seite dabei geworden. Im Dresdner Stadtverordnetenkollegium **dominieren die Antisemiten**, aber noch keinem ist es, soweit wir uns erinnern können, bisher eingefallen, an dem städtischen Eingangsabgaben-System zu rütteln. Das wollen wir Herrn Gäbel hiermit gesagt haben. Seine eigenen Parteigenossen hätten in Dresden ja so schöne Gelegenheit, in seinem Sinne für die Interessen der Landwirte zu wirken, wenn es so liegt, wenn Herr Gäbel behauptete. Uebrigens sei bei der Gelegenheit bemerkt, daß in dieser Steuerfrage die Zweiseelentheorie der Antisemiten zum Ausdruck kommt. Auf ihrem Programm fordern sie direkte, progressive Besteuerung, und in den kommunalen Körperschaften, wo sie regieren, bilden sie das ungerechteste Steuersystem, was man sich denken kann. Herr Gäbel wird seinen Dresdner Parteifreunden mit seiner Rede keinen guten Dienst erwiesen haben.

Der Schwesternverein der jüdischen Fraternitas-Loge hat eine dankenswerte Einrichtung getroffen. Er bietet jüdischen Mädchen, die in Dresden fremd und ohne Anschluß sind, die Logenräume alle Donnerstage abends zu zwanglosen, geselligen Zusammenkünften an. Die Mädchen sind vollständig frei und verpflichten sich durch den Besuch zu nichts. Gestern abend fand die erste Zusammenkunft statt.

Schmücken mit fremden Federn. Die Veränderungen in der sächsischen Beamtenschaft, namentlich die Ernennung und Entlassung von Ministern, werden naturgemäß zuerst im Dresdner Journal veröffentlicht. So war es auch diesmal bei der sächsischen Ministerkrise. Das Hirsch'sche Telegraphenbureau beliebte aber, auswärts die Nachricht zu verbreiten, daß die Ernennung Dr. Rügers zum Finanzminister von den hiesigen Neuesten Nachrichten gemeldet werde. Eine ähnliche tendenziöse Quellenangabe zu Gunsten der Neuesten Nachrichten haben wir schon früher beobachtet.

Welchen Vorteil mag das Hirsch'sche Telegraphenbureau von der unrichtigen Quellenangabe ziehen?

Ueber einen dreisten Betrugsversuch berichten die Dr. Nachr.: Bei der hiesigen Filiale einer großen Bank ist am Dienstag gegen Abend ein Versuch gemacht worden, die Bank um 18 000 M. zu beschwindeln. An der Kasse daselbst erschien ein Dienstmann mit einem angeblichen Brief eines bekannten hiesigen Aristokraten, der bei dieser Bank ein Konto hat. In dem Briefe wird um Uebersendung des genannten Betrages durch den Ueberbringer gebeten, der das Geld dem Briefschreiber nach einem hiesigen Weinrestaurant bringen sollte. Dem Briefe war eine Quittung beigefügt. Auf den ersten Blick mußte die Handschrift in dem Briefe wie auf der Quittung für echt gehalten werden, bei der Höhe des Betrags hielt es die Bankleitung aber doch für angezeigt, dem Dienstmann einen Angestellten mitzugeben und als beide in dem Weinrestaurant nach dem betreffenden Briefabsender fragten, war dieser dort nicht zu treffen. Der Dienstmann hatte den Auftrag von einem Herrn auf dem Postplatz erhalten; er schilderte ihn als eine Person in der Mitte der vierziger Jahre, während der Kunde der Bank wesentlich älter ist. Die Recherchen der Kriminalpolizei sind im Gange.

Grober Unfug. Durch einen donnerähnlichen Knall wurden vergangene Nacht ½12 Uhr die Bewohner der Rietschelstraße und des Holbeinplatzes aus der Ruhe gestört. Auf das Küchenfenster des Café Steingräber, Rietschelstraße 1, war eine Patrone oder ein Feuerwerkskörper gelegt und in Brand gesteckt worden. Ein Krach und eine mächtige Feuersäule und die Fenster in tausend Trümmer war ein Moment. Die Urheber wurden nicht erwischt. — Es wird ein Racheakt vermutet, da kurz vorher zwei Individuen aus dem Café befördert worden waren.

Versammlungskalender für Sonnabend.

Papierbranche. Abends 9 Uhr Versammlung im Gasthaus zum Senefelder, Kaulbachstraße.

Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung in Sells Gasthaus, Kl. Brüdergasse.

Lackierer und Schriftmaler. Abends 9 Uhr Versammlung im kleinen Trianonsaale.

Verein für Volksbildung. Abends 9 Uhr Generalversammlung.

Deutscher Holzarbeiterverband. Mitgliederversammlung im Gasthof Stadt Dresden, Cotta, Brauerstraße.

Volksbildungsverein Plauenscher Grund. Abends 8 Uhr Tänzchen im Deutschen Haus in Potschappel.

Beihilfskasse der Krankenkasse für die Fabrik Elektrizitätswerke zu Niedersedlitz. Abends ½8 Uhr Generalversammlung im Gasthof Niedersedlitz, kleiner Saal.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht.

–. **Wegen Unterschlagung und Erpressung** hatte sich der bisher unbestrafte Buchhalter Julius Franz Karl Thater aus Breslau zu verantworten. Der 30jährige Angeklagte war als Buchhalter bei einer Vorortsfirma angestellt und wurde wegen Trunkenheit anfangs Dezember vorigen Jahres entlassen. Noch einige Tage zuvor kassierte er 10 M. Kundengelder ein und hat dieselben für sich verwendet. Weiter hat er sich zum Nachteil seines Chefs der Erpressung schuldig gemacht. Er wollte in seiner Stellung die Bemerkung gemacht haben, daß die Firma sich Unehrlichkeiten gegenüber ihren Kunden schuldig mache. Darauf fußend, hat er durch briefliche Drohungen Geldbeträge von 300, 200, 200 Mark usw., insgesamt 15000 M., erlangt. Th. kann er selbst nicht mehr behaupten, daß jenen Vorkommnissen irgendwie bewußte Unredlichkeiten zu Grunde lagen; vielmehr können nur Irrtümer in Frage kommen, die aber später auch ausgeglichen sein sollen. Der Sohn, der das Geschäft erst übernommen hatte, ließ sich, in seiner geschäftlichen Thätigkeit sich gehindert sehend, dazu bereit finden, jene Beträge zu zahlen. Th. Thater entschuldigt sich damit, mißliche Familienverhältnisse hätten bei ihm geherrscht, auch will er Morphinist sein. Aus einzelnen Andeutungen geht jedoch hervor, daß der Angeklagte gar nicht der fürsorgliche Familienvater war, sondern sich sehr wenig um seine Familie kümmerte. Thater hat sich auch noch des groben Unfugs schuldig gemacht. In der Beweisaufnahme stellt sich heraus, daß der Angeklagte auch noch den Vater des Geschäftsinhabers zu brandschatzen wußte. Das Urteil lautet auf 2 Jahre 2 Wochen Gefängnis und 1 Woche Haft.

Der Duellprozeß gegen den Domänenpächter Falkenhagen aus Springe, welcher am Dienstag vor dem Schwurgericht zu Hannover seinen Anfang nehmen sollte, wurde in letzter Stunde auf Montag den 17. d. M. vertagt, da die Verteidigung noch die Ladung mehrerer Zeugen beantragt hat. Es werden u. a. der Vater des erschossenen Landrats von Bennigsen, der Oberpräsident Rudolf von Bennigsen, ferner der Vater des Angeklagten, Abg. Amtsrat Falkenhagen, die Schwester der Frau von Bennigsen, Frau von Schnehen aus Leipzig und die beiderseitigen Sekundanten der Duellgegner und andere als Zeugen vernommen werden. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit in den auf zwei Tagen berechneten Verhandlungen wird ein so vollkommener sein, daß nur das definitive Urteil öffentlich verkündet werden wird. Der Ausschluß auch der Preßvertreter wird damit begründet, daß die ganze Vorgeschichte des verhängnisvollen Duells, die in dem ehebrecherischen Verhalten der Frau Landrat von Bennigsen ihren Ursprung hat, eingehend zur gerichtlichen Erörterung gelangen soll. Es werde daher auch nötig sein, die jetzt bei ihrer Schwester, Frau von Schnehen, in Leipzig wohnende Frau von Bennigsen als Zeugin zu hören, doch ist eine Ladung derselben bisher noch nicht erfolgt. Der Angeklagte Falkenhagen ist trotz eines hohen Kautionsgebotes nicht aus der Haft entlassen worden.

Vermischtes.

Von einer Skandalaffaire wird in Stuttgart viel gesprochen. Es handelt sich um einen Beleidigungsprozeß, in den Angehörige der „guten Gesellschaft“ (es werden den Hofkreisen angehörige Namen genannt) verwickelt sind. Die Beleidigung soll in der Verbreitung von Nachrichten über höchst anstößige in jenen Kreisen vorgekommene Dinge bestehen.

Noch interessanter wird die Affaire durch folgenden Nachtrag eines Stuttgarter Berichts der Kölnischen Volkszeitung: Beim hiesigen Amtsgericht ist eine Privatklage wegen Beleidigung gegen die Damen eines Offiziers und Trägers eines altadligen Namens erhoben, bei welcher Angehörige der höchsten „Gesellschaft“ und des Adels beteiligt sind. Die Oberstaatsanwaltschaft soll nun das Amtsgericht veranlaßt haben, die Klagestellung zu verzögern bezw. zu unterlassen. Eine andere Meldung versichert, daß ein Adjutant des Königs sich bei dem Anwalt der Klägerin um die Zurücknahme der Klage bemüht habe.

Die alte Leier. Die M. Post berichtet: „Sie“ war hübsch, jung und Kellnerin in einem hiesigen Gasthause. „Er“ ein armer Student. Die Beiden verliebten sich ineinander und das Mädchen, wohl in der Hoffnung, später einmal doch „Frau Doktor“ zu werden, dem Geliebten ihre ganzen Ersparnisse in nicht geringer Höhe, denn die Gäste des besuchten Etablissements gaben dem hübschen, anständigen und bescheidenen Serviermädchen reichliche Trinkgelder. So dauerte das Liebesverhältnis 5, 6, ja 8 Jahre; das Mädchen war älter, bedeutend älter geworden und gar nicht mehr so hübsch. „Er“ hatte das Studium hinter sich und die erste gut dotierte Anstellung erreicht; nun sollte geheiratet werden. Und dies geschah auch: Vor kurzem führte der junge Beamte, der zugleich im Reserveverhältnisse einen militärischen Grad einnimmt, sein Bräutchen zum Altar, nur mit dem Unterschiede, daß es nicht die Kellnerin war, der ihm alles geopfert, sondern eine „qualifizierte“ junge Dame aus besserer Familie! Und nun stehen sich ehemalige Liebesleute wieder gegenüber vor Gericht, um einen erbitterten Kampf zu führen wegen der Ersparnisse, die das Mädchen zurückfordert und die der ehemalige Geliebte zu zahlen sich weigert!

Dresdener Theater.

Sonnabend den 15. Februar.

Opernhaus. (Altstadt.) Fidelio. Oper in zwei Akten. Musik von L. v. Beethoven. Anfang ½8 Uhr.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Bürgerlich und romantisch. Lustspiel in vier Akten von Bauernfeld. Anfang ½8 Uhr.

Residenztheater. Gastspiel von Frl. Jenny Groß und Alexander Klein vom Lessingtheater in Berlin. Die Fee Caprice. Lustspiel in drei Akten von Oskar Blumenthal. Anfang ½8 Uhr.

Central-Theater.
Variété.
Täglich Vorstellung.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen:
Nachmittags (ermäßigte Preise) Einlaß 3 Uhr, Anfang ¼4 Uhr.
Abends ½8 Uhr gewöhnl. Preise.

Victoria-Salon.
Die Budapester Singspiel-Gesellschaft
„Springer und Pauly“.
Ferner: Mirza Golems [illegible]
Anfang ½8 Uhr. Sonntags ½4 und ½8 Uhr.
Im Tunnel von 7 (Sonntags von 4) Uhr an: Frei-Konzert.

Von meinem
Inventur-Verkauf
sind noch folgende Posten
Schuh- und Filzwaren
übrig geblieben und stelle solche, um damit zu räumen, **Sonnabend den 15. und Montag den 17. Februar**
zu nachstehenden Preisen zum Verkauf:

a) Für Damen:
Ein Posten **Schnür-, Knopf- und Zugstiefel** für **1,75** M., Wert bis 8,— M.
Ein Posten **Schnür- und Knopfstiefel**, gelb und schwarz für **6,75** M., Wert 10,— M.
Ein Posten **Schnürschuhe**, alles Leder für **2,95** M., Wert 5,75 M.
Ein Posten **starke Lederhausschuhe**, unverwüstliche Ware für **2,50** M., Wert 4,— M.
Warm gefütterte Tuch- u. Lederstiefel, Hausschuhe, Filzschuhe, Pantoffel mit **20–30 Prozent Rabatt** auf bisherige billige Preise.
Ein Posten **Ballschuhe**, Wiener Handarbeit für **2,50** u. **3,50** M., Wert bis 8,— M.
Ein Posten **Ballschuhe** von **1,95** M. an.

b) Für Herren:
Ein Posten **Schnür- und Zugstiefel** für **4,75** M., Wert 8 M.
Achtung! Achtung!
Ein großer Posten **Zugstiefel, Prima Kalbleder**, aus einem Stück gewalkt **(ohne Seitennähte)** für **7,50** M., Wert 12,— M.

Ein Posten **Schnürschuhe, Prima Ware (Chevreau)** für **3,95** M., Wert 7,— M.
Ein Posten **Schnür- und Zugstiefel, Prima Boxcalfleder** für **8,75** M., Wert 14 M.
Ein Posten **Lederhausschuhe** für **2,50** M., Wert 4 M.
Filzschuhe, Pantoffel ꝛc. mit **20–30 Prozent Rabatt** auf bisherige billige Preise.

c) Für Kinder:
Ein Posten **Schnür- und Knopfstiefel**, gelb und schwarz, mit **20–30 Prozent Rabatt** auf bisherige billige Preise.
Ein Posten **Schnürschuhe**, Größe 21–35, mit **50 Prozent Rabatt** auf bisherige billige Preise.
Ein Posten **gelbe Spangenschuhe** mit **50 Prozent Rabatt** auf bisherige billige Preise.
Filzschuhe, Hausschuhe usw. mit **20–30 Prozent Rabatt** auf bisherige billige Preise.
Ein Posten **Schnür- und Knopfstiefel**, Gr. 18–22 für **1,—** M., Wert 2,40 M.
Ein Posten **Lackohrenschuhe**, Gr. 18–22 für **1,—** M., Wert bis 2,50 M.
Ein Posten **Konfirmanden-Stiefel**, zum Aussuchen, M. **4,75.**

Niemand versäume, seinen Bedarf zu decken. — Nie wiederkehrende Gelegenheit. — Umtausch, wenn irgend möglich, gestattet. — Versand nach auswärts per Nachnahme.

Georg Roth vorm. **Otto Bertram**
4 Grunaer Straße 4, Nähe Pirnaischer Platz.

E. PASCHKY
Augenblicklich sind
Frische Fische sehr billig!
Soeben eingetroffen über
16500 Pfund hochfeiner
Seefisch, ohne Kopf nur Fleisch
Pfund **20** und **25** Pf.

Kleine fette Backheringe . . .	2 Pfd. 25 Pf.
Hochfeiner Seedorsch	Pfund 25 Pf.
Feinster ca. 1–3pfünd. Kabljau	Pfund 28 Pf.
Fette fleischige Schollen . . .	Pfd. 20 u. 25 Pf.
Frische Rotzungen	Pfund 25 Pf.
Lebensfrischer Tafelkarpfen . .	Pfund 55 Pf.
Echt russ. Tafelzander	Pfund 55 Pf.

Ausführliche gedruckte Rezepte gratis.

E. Paschky.
Pillnitzerstraße 14. **Wettinerstraße 17.** Tel. I 1685
Pillnitzerstraße 40, Tel. I 3102 **Freibergerplatz 4.** Tel. I 1725
Alaunstraße 4, Tel. II 2257 **Strehlenerstr. 30,** Tel. I 4562
Trompeterstraße 7, Tel. 2867
Zöllnerstr. 12, Eing. Striesener Straße, Tel. 2866
Kontore u. Hauptlager: (Sonntags geschlossen) **Wölfnitzstr. 1,** Tel. I 1654.